



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Jahresbericht 2022

Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen

Inhalt

Aktivitäten des DNR Seite 4

DAS JAHR 2022

**Ambivalente Umweltpolitik im Kontext
von Zeitenwende und Ampel-Koalition** Seite 5

IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik Seite 6

IM FOKUS

Politik und Gesellschaft Seite 14

IM FOKUS

EU-Koordination Seite 20

IM FOKUS

Presse und Kommunikation Seite 24

IM FOKUS

Vernetzung und Verbandsarbeit Seite 28

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung Seite 32

DNR-TRÄGERSCHAFT

Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Seite 44

IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

Seite 48

Einnahmen/Ausgaben 2022

Seite 50

DNR-Projekte 2022

Seite 51

Organigramm des DNR

Seite 52

DNR-Präsidium

Seite 53

DNR-Mitgliedschaften

Seite 54

Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien

Seite 55

Leitbild

Seite 56

DNR-Mitglieder 2022

Seite 57

Impressum

Seite 58



Aktivitäten des DNR 2022

Der DNR führte 2022 zahlreiche Gesprächsrunden und Veranstaltungen zu verschiedenen Fachthemen durch, formulierte in Form von Pressemitteilungen, Statements und Positionspapieren Forderungen gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen, unterstützte und koordinierte die Zusammenarbeit der DNR-Mitgliedsorganisationen und setzte sich gesamtgesellschaftlich für den Natur-, Tier- und Umweltschutz ein.

Foto: AdobeStock/Michael Sauer | FOTO

DAS JAHR 2022

Ambivalente Umweltpolitik im Kontext von Zeitenwende und Ampel-Koalition

Anfang 2022 lag Hoffnung in der Luft: Der Regierungswechsel, ein ermutigender Koalitionsvertrag und ambitionierte Zielsetzungen in der Klima-, Umwelt- und Naturschutzpolitik versprachen eine echte Abkehr vom umweltpolitischen Stillstand der vergangenen Jahre. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine vollzog sich jedoch eine dramatische Zeitenwende, welche die politischen Prioritäten neu justierte und viele Bekenntnisse der Ampel-Koalition beim Klima-, Umwelt- und Naturschutz in Frage stellte.

Die geopolitischen Auswirkungen des Kriegs machten auch Änderungen der fachlichen Arbeit des DNR notwendig. Kurzfristige politische Initiativen sowie eine unvorhersehbare Dynamik in der Klima-, Energie-, Agrar- und Umweltpolitik prägten das Jahr 2022. Der DNR forderte von der Regierung nicht nur ein Festhalten an bereits vereinbarten Transformationspfaden ein, sondern auch deren beschleunigte Umsetzung.

Im Ergebnis war das Jahr 2022 von erheblichen Kontroversen und Widersprüchlichkeiten zwischen einem Rückfall in alte Zeiten und dem Bestreben nach einer schnelleren Transformation geprägt. Während schmutzige Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt wurden und die verbliebenen Atomkraftwerke in den Streckbetrieb gingen, wurde gleichzeitig dem Ausbau der erneuerbaren Energien höchste politische Priorität eingeräumt. Und während unter dem Deckmantel der Ernährungssicherheit die EU-weit vorgesehenen Rückzugsflächen in der Agrarlandschaft unter den Pflug genommen wurden, konnte mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) ein großer Erfolg für eine bessere Naturschutzfinanzierung in Deutschland erreicht werden.

Auf europäischer Ebene hat der DNR dazu beigetragen, dass der europäische Green Deal als zentral für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau Europas angesehen wird und das „Fit for 55“-Paket als Mindestniveau für Klimaschutz in die Arbeit der Bundesregierung eingeflossen ist. Zur europäischen Politik gehörte auch die weitere Umsetzung der GAP-Reform, der EU-Biodiversitätsstrategie sowie der „Farm-to-Fork“-Strategie, bei denen der DNR eine ständige Abstimmung innerhalb der Verbände sicherstellte.

Insbesondere junge Menschen brachten im Jahr 2022 ihre Unzufriedenheit über die minimalen Fortschritte beim Stopp der Klimakrise im Klimaprotest der „Letzten Generation“ zum Ausdruck. Gleichzeitig zeigte sich, wie einige Medien und Politiker*innen die Legitimität des Protests in Frage stellten, anstatt konstruktive Lösungsansätze für die dringender werdende Klimakrise einzufordern. Der DNR hat sich deshalb zusammen mit zahlreichen Umweltorganisationen mit den Möglichkeiten und Grenzen des zivilen Ungehorsams zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele auseinandergesetzt.

Der DNR als Dachverband sieht sich als Plattform und Sprachrohr der Interessen und Anliegen seiner Mitgliedsorganisationen. Er lebt von der regen Beteiligung und hat diese gemeinsam mit den jeweiligen Fachleuten in den letzten Jahren stetig ausgebaut. An dieser Aufgabe wollen wir im Interesse einer starken und vielfältigen Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung auch in schwierigen Zeiten umso engagierter weiterarbeiten.



Kai Niebert

Prof. Dr. Kai Niebert
DNR-Präsident



Florian Schöne

Florian Schöne
DNR-Geschäftsführer



Die Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen führt weiterhin zu einer starken Belastung von Luft und Böden. Foto: AdobeStock/agnormark

**IM FOKUS**

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

„2022 war gezeichnet vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch von einer sich weiter zuspitzenden Biodiversitäts- und Klimakrise. Die Debatte rund um die Agrarpolitik war bedauerlicherweise rückwärtsgewandt: anstatt die Agrarökosysteme in der Biodiversitäts- und Klimakrise zu stärken, wurde der Naturschutz unter dem Vorwand der Ernährungssicherheit zurückgestellt. Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch: resiliente Ernährungssysteme können nur mit dem Schutz unserer natürlichen Ressourcen langfristig erhalten werden.“

Lavinia Roveran, Koordinatorin für Naturschutz und Agrarpolitik




TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Lavinia Roveran, Florian Schöne, Svenja Schünemann, Björn Pasemann



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/agrar-natur-und-tierschutzpolitik



Der Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine löste in Europa eine Debatte über Ernährungssicherheit aus. Foto: AdobeStock/LALSSTOCK

IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Das Jahr 2022 war sehr ereignisreich und besonders gezeichnet vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik. Die Ernährungssicherheit – die zu keinem Zeitpunkt in Deutschland oder der EU gefährdet war – wurde wiederholt vorgeschoben, um Umweltziele infrage zu stellen und zum Beispiel geplante Maßnahmen im Naturschutz nicht in Kraft treten zu lassen. Eine sachliche Debatte wurde durch Fehlinformationen und das Schüren von Angst in der Gesellschaft torpediert.

HERAUSFORDERUNGEN UND AUSGANGSLAGE

Angesichts dieser Herausforderungen fokussierte die DNR-Kommunikation auf resiliente Ernährungssysteme im Kontext multipler Krisen und ihre Auswirkungen auf nachfolgende Generationen.

Die Ziele des europäischen Green Deal und der dazugehörigen Strategien „Farm-to-Fork“ und „EU-Biodiversität“ bildeten weitere Schwerpunkte der Arbeit. Nicht zuletzt galt es, den Green Deal zu verteidigen, da er selbst von Akteur*innen in der EU-Kommission infrage gestellt wurde. Einige der angekündigten Gesetzgebungsverfahren, wie die Verordnungen zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden sowie zur Wiederherstellung der Natur, wurden 2022 eingeleitet. Auch für die internationale Biodiversi-

tätspolitik war 2022 ein bedeutendes Jahr, denn mit der Weltnaturkonferenz (CBD) in Montreal, die zuvor pandemiebedingt mehrfach verschoben wurde, einigte sich die internationale Staatengemeinschaft im Dezember auf ein wichtiges Biodiversitätsabkommen.

Zugleich war 2022 das erste Jahr der neuen Bundesregierung mit den für den Agrar- und Naturschutzbereich relevantesten Ministerien – Bundesumweltministerium (BMUV) und Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) – unter neuer Leitung. Es stellte sich schnell heraus, dass die unterschiedlichen Ansätze und Ansichten innerhalb der Regierungskoalition große Herausforderungen im Regierungshandeln bedeuten würden: Einige vielversprechende Initiativen, die im Koalitionsvertrag angekündigt waren, wurden ausgebremst oder abgeschwächt.

Das Agrar-, Natur- und Tierschutzteam des DNR koordinierte die Mitgliedsorganisationen zu diesen vielfältigen Themen, organisierte regelmäßige Strategietreffen, politische Termine und Veranstaltungen, machte Pressearbeit, erarbeitete gemeinsame Positionen, veröffentlichte Hintergrundpapiere zu verschiedenen politischen Prozessen und war im regelmäßigen Austausch mit den Ministerien auf Bundes- und Länderebene.

GEMEINSAME AGRARPOLITIK DER EU (GAP)

Nach der Einreichung des deutschen Strategieplans im Januar 2022 folgte die erste Prüfung durch die EU-Kommission. Dabei wurden zahlreiche Mängel angemahnt, die zu großen Teilen deckungsgleich mit der Kritik der Verbände waren. Dennoch wurde der deutsche Strategieplan im Herbst von der EU-Kommission genehmigt, obwohl das BMEL die Chance nicht vollumfänglich nutzte, die Mängel im Strategieplan nachzubessern. Auch die nachgelagerten Gesetze und Verordnungen zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU (GAP) in Deutschland wurden final angepasst. Im Dezember 2022 wurde dann der offizielle GAP-Begleitausschuss einberufen, in dem der DNR ebenfalls vertreten ist.

Eine der positiven Bestimmungen der neuen GAP ab 2023 war die verbindliche Festlegung von vier Prozent nicht-produktiver Flächen in den Grundanforderungen der GAP (Konditionalität), die wichtige Rückzugsorte für Arten darstellen. Auch hier hatte die vom Ukraine-Krieg ausgelöste Debatte um Ernährungssicherung erhebliche Auswirkungen. Im Frühjahr 2022 räumte die EU-Kommission den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, diese Regelung im ersten Jahr der neuen GAP auszusetzen. In Deutschland entschied man sich für die Aussetzung. Zwar wurde verhindert, dass bestehende Brachen umgebrochen wurden, doch wurde damit auch die Chance vertan, wichtige Schritte zum Schutz der Artenvielfalt einzuleiten, obwohl das Produktionspotenzial auf den betroffenen Flächen minimal ist.

Zusätzlich zur Verbändekoordinierung für dieses Thema brachte sich der DNR aktiv in die Arbeit der Verbändeplattform zur GAP ein – auf europäischer Ebene unter dem Dach des Europäischen Umweltbüros (EEB).

2022 startete die Arbeitsphase des Projekts „CAP4GI - GAP für vielfältige Landschaften“. Der DNR leitete im Projekt die externe Kommunikation und den Wissenstransfer der Forschungsergebnisse in die Politik. Mit regelmäßigen Updates wurden die Projektpartnerorganisationen zudem über aktuelle agrarpolitische Entwicklungen und die nationale und europäische Ausgestaltung der GAP informiert.

PESTIZIDE

Die schädlichen Auswirkungen von übermäßigem Pestizidgebrauch sind in der gesellschaftlichen Debatte angekommen. Im Green Deal hat die EU sich zum Ziel gesetzt, den Einsatz und das Risiko von Pestiziden bis 2030 um 50 Prozent zu verringern. Nach einiger Verzögerung legte die EU-Kommission ihren Entwurf für die neue Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (SUR) vor. Hauptzweck dieser Novellierung ist es, das 50-Prozent-Reduktionsziel in verbindliches Recht umzusetzen. Die Veröffentlichung der Verordnung sorgte für erhebliche Debatten. Insbesondere wurde darüber diskutiert, in welchen Gebieten bzw. Gebietskulissen der Einsatz von Pestiziden künftig verboten werden soll. Einige Mitgliedstaaten verzögerten den Gesetzgebungsprozess sogar aktiv, indem sie eine zweite Folgenabschätzung einforderten.

Auch Glyphosat war 2022 ein Thema. Laut Koalitionsvertrag soll der Ausstieg aus Glyphosat-Nutzung bis 2024 umgesetzt werden. Da auf EU-Ebene bereits 2022 über die Verlängerung der Zulassung abgestimmt wurde, wäre ein Ausstieg auch schon früher möglich gewesen. Deutschland enthielt sich bei dieser Abstimmung wegen fehlender Einigkeit unter den beteiligten Ressorts.

NEUE GENTECHNIK

Neue Gentechnikverfahren wie die „Gen-Schere“ CRISPR/Cas ermöglichen tiefgreifende Eingriffe in das Erbgut von Tieren und Pflanzen. Mit den technischen Möglichkeiten haben sich auch die Einsatzziele verändert. Die Natur bzw. natürliche Populationen wie Insekten, Nagetiere oder Bäume geraten zunehmend ins Blickfeld möglicher Anwendungen. In der Landwirtschaft ist der Einsatz neuer gentechnischer Verfahren höchst umstritten. Der DNR setzte sich für die Wahrung des Vorsorgeprinzips, die Sicherstellung der Wahlfreiheit für Landwirt*innen und Verbraucher*innen sowie für die Beibehaltung der Regulierung neuer gentechnischer Verfahren unter der EU-Freisetzungsrichtlinie ein. Der DNR ist außerdem Mitglied im Runden Tisch gegen Gentechnik. Weiterhin hat der DNR im Namen der Verbände erneut Vorschläge für die Besetzung der Naturschutzstelle in der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) eingebracht.

UMBAU DER TIERHALTUNG

Zentraler Hebel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist der Umbau zu einer gesellschaftlich akzeptierten und ökologisch vertretbaren Tierhaltung. 2022 legte das BMEL

den ersten Entwurf für eine Haltungskennzeichnung vor. Der DNR koordinierte die kontroverse Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft.

DÜNGEPROBLEMATIK

Noch immer läuft das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie. Die Ausweisung der nitratsensiblen („roten“) Gebiete ist zwar zum größten Teil abgeschlossen, jedoch führt die Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen weiterhin zu einer starken Belastung von Luft und Böden. Der DNR ist Teil der Nitratinitiative und setzt sich für eine konsequente Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie ein. Aufgrund des Ukrainekriegs war 2022 zudem die Debatte um Importe von Mineräldünger und den dadurch verursachten Abhängigkeiten sehr präsent.

NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ, LANDNUTZUNG UND MOORSCHUTZ

Zur Erreichung der Pariser Klimaziele muss auch der Landnutzungssektor seinen Beitrag leisten. Der DNR setzte sich für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung von Naturschutzziele ein und vernetzte die Verbände zur Verbesserung des Klimaschutzes im Landnutzungssektor. Die neue Bundesregierung räumt naturbasierten Lösungen zum Klimaschutz einen neuen Stellenwert ein. Zentrale Vorhaben der Bundesregierung waren die

Erarbeitung des Aktionsprogramms natürlicher Klimaschutz (ANK) und die Verabschiedung der deutschen Moorschutzstrategie. Durch regelmäßige Austauschrunden mit Vertreter*innen aus dem BMUV konnte der DNR auf die Ausgestaltung des ANK einwirken.

Darüber hinaus wurden politische Termine und Konferenzen zum Thema vorbereitet und wahrgenommen. Die Möglichkeit zur Verbändebeteiligung wurde durch Einbringung einer Stellungnahme zum ANK wahrgenommen. Auch die Erarbeitung und Veröffentlichung der Moorschutzstrategie wurde vom DNR kritisch begleitet. Erstmals fand zudem im Juni ein Verbändeaustausch mit Fokus auf die aktuellen Herausforderungen der Moorpolitik statt. Im Kontext der zunehmenden Diskussionen um die Rolle von Kohlenstoff-Bindung in Landökosystemen und des Legislativvorschlags der EU-Kommission für einen EU-Zertifizierungsrahmen zur Kohlenstoffentnahme folgte im Oktober ein weiterer Verbändeaustausch zum Thema „Carbon Farming“.

BIODIVERSITÄT

Der DNR stand auch 2022 in regelmäßigem strategischem Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen zu allgemeinen Naturschutz- und Biodiversitätsthemen und unterstützte die Vernetzung und den fachlichen Austausch mit Vertreter*innen des BMUV und Bundesamt für Naturschutz (BfN). Themenschwerpunkte waren hierbei vor allem die Naturschutzfinanzierung, das ANK, das Artenhilfsprogramm für windenergiesensible Arten,

Der erforderliche Ausbau von erneuerbaren Energien darf nicht auf Kosten des Naturschutzes erfolgen. Foto: AdobeStock/Sinha





Pressekonferenz zum 36. Deutschen Naturschutztag in Hannover. V. l. n. r. Bundesumweltministerin Steffi Lemke, Sabine Riewenherm (BfN), Florian Schöne (DNR) und Heinz-Werner Persiel (BBN). Foto: DNR/Thorsten Greb

die Gesetzgebungsprozesse zur Planungsbeschleunigung sowie die EU-Wiederherstellungsverordnung (Nature Restoration Law).

Der DNR hat sich außerdem durch die Erarbeitung von Stellungnahmen und die Formulierung und Unterstützung von gemeinsamen Briefen in die politische Debatte auf nationaler und europäischer Ebene eingebracht. Unterstützt wurden die Mitgliedsorganisationen außerdem durch die Erstellung von Steckbriefen und Hintergrundpapieren (z.B. zur EU-Wiederherstellungsverordnung und zu Brachen im Kontext der Ernährungssicherheitsdebatte).

NATURVERTRÄGLICHER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Angesichts der klimapolitischen Ziele und des schlep-penden Ausbaus der Windenergie hat sich der DNR mit seinen Mitgliedsorganisationen weiter intensiv um Lösungsansätze für einen beschleunigten naturver-träglichen Ausbau der Windenergie an Land bemüht. Unter Moderation und Mitwirkung des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) fanden regelmäßige Austauschrunden mit den Verbänden statt, bei denen aktuelle Fachdebatten zu den Gesetzgebungsprozessen zur Beschleunigung des Windenergieausbaus (Novelle Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG, Einführung Wind-an-Land-Gesetz) erfolgten. Darüber hinaus hat der DNR den von der Umweltministerkonferenz (UMK) eingesetzten Arbeitsprozess für einheitliche Signifikanzkriterien begleitet.

Auch zum naturverträglichen Ausbau der Solarenergie stand der DNR im Jahr 2022 im kontinuierlichen Aus-tausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und hat sich bei verschiedenen Workshops/Fachgesprächen aktiv in die Debatte eingebracht.

DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG

Der DNR war Mitveranstalter des 36. Deutschen Natur-schutztags, der vom 28. Juni bis 02. Juli 2022 in Hanno-ver stattfand. Er war mit 1.200 Besucher*innen ein großer Erfolg. Der DNR war im ersten Halbjahr 2022 intensiv in die organisatorischen und fachlichen Vorbereitungen ein-gebunden. Das DNR-Kommunikationsteam hat zudem die Pressearbeit koordiniert und gemeinsam mit den anderen Organisatoren die Social-Media-Aktivitäten vor und während der Veranstaltung sichergestellt. Ein DNR-Sondernewsletter anlässlich des DNT nahm das Schwer-punktthema „NATURSCHUTZ JETZT! Natur. Landnut-zung. Klima.“ in den Fokus.

Ende 2022 begannen die Planungen für den 37. Deutschen Naturschutztag 2024 in Saarbrücken. Der DNR hat außer-dem an Innovationsworkshops teilgenommen, um den Deutschen Naturschutztag u.a. durch Einbindung neuer Formate weiterzuentwickeln.



2022 hat die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag angekündigten Entwurf für die nationale Wasserstrategie vorgelegt. Foto: AdobeStock/Günter Albers

WALDPOLITIK

Der DNR stand 2022 im regelmäßigen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und den Bundesministerien zu aktuellen Themen der Waldpolitik wie der anstehenden Erarbeitung der Bundeswaldstrategie, der Novelle des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) und Fördermaßnahmen wie dem klimaangepassten Waldmanagement.

Das gemeinsame DNR-Positionspapier „Von der Waldkrise zur nachhaltig ökologischen und generationengerechten Waldwende“ war Grundlage für gemeinsame Gespräche mit Verbandsvertreter*innen der Waldwirtschaft.

Der DNR formulierte erste Ideen zur Novellierung des BWaldG. Mit weiteren Mitgliedsorganisationen wurde ein intensiver Austausch zu konkreten Formulierungsvorschlägen für ein neues Gesetz begonnen. Auch die Teilnahme am Zukunftsdialog Wald des BMEL in Vorbereitung einer neuen Bundeswaldstrategie nahm breiten Raum ein. Der DNR hat außerdem als Partner die Deutschen Waldtage 2022 unterstützt.

TIERSCHUTZ

Auch im Tierschutz gab es im Jahr 2022 eine Vielfalt an Themen und Prozessen: Vom Onlinehandel mit Tieren über die Trophäenjagd, die Zirkusverordnung, die Gefahrtierverordnung bis hin zum Wildtierschutz brachten sich die im DNR organisierten Tierschutzorganisationen in zahlreiche Prozesse ein. Der DNR unterstützte die Arbeit

der Tierschutzorganisationen durch Koordinierung von Treffen mit Ministerien, mit gemeinsamen Briefen und Pressearbeit sowie durch die Organisation gemeinschaftlicher Veranstaltungen. Im Oktober 2022 stellten die Tierschutzorganisationen bei einem parlamentarischen Abend zum Onlinehandel mit Wildtieren ein Rechtsgutachten zur Einführung einer Positivliste vor.

GEWÄSSERSCHUTZ

Der Gewässerschutz bleibt weiterhin ein wichtiges Thema beim DNR. Die steigenden Risiken von Hochwasserkatastrophen und Dürren zeigen, wie wichtig ein nachhaltiges, naturverträgliches Wassermanagement ist. 2022 hat die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag angekündigten Entwurf für die nationale Wasserstrategie vorgelegt.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hinkt stark den Vorgaben hinterher. Das Ziel, die Gewässer in der EU bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu überführen, ist voraussichtlich nicht mehr erreichbar. Die nationale Wasserstrategie sowie die WRRL waren auch die Schwerpunktthemen beim jährlich stattfindenden Gewässerschutzforum der Umweltverbände DNR, BUND, NABU und WWF. Im Oktober 2022 fand das Forum zum zweiten Mal in Folge digital statt. Rund 280 Teilnehmer*innen konnten Vorträgen aus Politik, Verwaltung und Verbänden aus EU-, nationaler- und Landesebene folgen und interaktiv ihre Fragen einbringen. Im Zuge der Debatte um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien war auch die Kleinwasserkraft Thema.

GRENZÜBERGREIFENDE ALLIANZ ZUM NATUR- UND HOCHWASSERSCHUTZ AN DER ODER

Das gemeinsame Engagement im Aktionsbündnis lebendige Oder zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den Ausbauplänen der polnischen Regierung stand 2022 im Zeichen der Umweltkatastrophe im Juli und August. Diese ging mit einem Massensterben von Fischen und anderen Lebewesen in und an der Oder einher. Es verendeten ca. 1.000 Tonnen Fisch. Als Reaktion veröffentlichte das Aktionsbündnis ein Eckpunktepapier für ein Aktionsprogramm Oder, das in Politik und Öffentlichkeit für reges Interesse sorgte.

Ein Etappensieg im Schatten der Katastrophe war das im Dezember erzielte polnische Gerichtsurteil zum vorläufigen Ausbaustopp an der Oder als Folge einer Klage von DNR, NABU und BUND Brandenburg. Das Ergebnis des Gerichtsurteils ist ein Hoffnungsschimmer für die natürliche Vielfalt der Flusslandschaft Oder sowie für die dort lebenden Menschen, die schon heute mit Dürre als eine der zentralen Auswirkungen der Klimakrise konfrontiert sind.

MEERESSCHUTZ

Der DNR hat 2022 an regelmäßigen Austauschrunden mit den Umwelt- und Entwicklungsverbänden zum Meeresschutz teilgenommen und an der Abstimmung gemeinsamer Forderungen für eine zukunftsfähige Meerespolitik mitgewirkt. Der DNR organisierte außerdem fachbereichsübergreifende Klima- und Naturschutz-Gesprächsrunden zum Ausbau der Offshore-Windenergie, um die ambitionierten Ausbauziele möglichst in Einklang mit einer naturverträglichen Entwicklung zu bringen.

STRATEGIEGRUPPE NATURSCHUTZFLÄCHEN

Seit bald 20 Jahren überträgt der Bund im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) unentgeltlich Flächen an Länder, Stiftungen und Verbände, um diese dauerhaft dem Naturschutz zu unterstellen. Unter Koordination des DNR haben sich zahlreiche Naturschutzorganisationen erfolgreich dafür eingesetzt, dass im November 2022 die Übertragung weiterer 15.700 Hektar Bundesflächen politisch vereinbart wurde. Das Nationale Naturerbe umfasst damit nunmehr rund 180.000 Hektar. Rund 30.000 Hektar NNE-Flächen wurden an privatrechtliche Stiftungen und Verbände übertragen. Der DNR ist hier koordinierend tätig und vertrat zudem die NNE-Flächenbesitzer*innen der Naturschutzorganisationen im Naturerbe-Rat.



Massives Fisch- und Muschelsterben in der Oder im Sommer 2022. Foto: DNR/Florian Schöne



Der DNR fordert die Neubewertung des Bundesverkehrswegeplans aus Umwelt- und Klimasicht. Foto: AdobeStock/Stockr

**IM FOKUS**

Politik und Gesellschaft

„Das Jahr 2022 war eine einzige große Herausforderung. Die Klima- und Energiepolitik war geprägt von notwendigen Übeln und unnötigen fossilen Übertreibungen. Jetzt kommt es darauf an, die brutal offengelegten Abhängigkeiten in der Energieversorgung zu beenden und die Transformation zur Klimaneutralität deutlich zu beschleunigen. Das hilft im Kampf gegen die sich beschleunigende Klimakrise und ist zugleich Garant für Frieden und Stabilität.“

Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik und Gesellschaft

**TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:**

Tobias Pforte-von Randow, Lisa Grau, Milena von Pressentin, Birthe März

**Mehr Informationen im Internet:**

www.dnr.de/themen/klima-und-energie-0



Der Streckbetrieb der letzten drei deutschen AKWs erhitzte im Winter 2022 die Gemüter.
Foto: AdobeStock/simonkumm

IM FOKUS

Politik und Gesellschaft

Das Jahr 2022 wurde maßgeblich vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine überschattet. Klimapolitik wurde zu Geopolitik. Daher dominierten vor allem Themen wie die Beendigung von fossilen Abhängigkeiten, mehr Energiesouveränität auf Basis von Wind- und Solarenergie sowie Energieeinsparungen und -effizienz die politische Agenda. Kohle und Atomkraft erlebten ein bedenkliches Comeback.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Umweltverbände unter anderem für eine Zeitenwende auch bei der Energie-, Wärme-, und Verkehrspolitik eingesetzt und eine massive Verstärkung der Maßnahmen und Investitionen für mehr Energiesouveränität. Gleichzeitig hat sich der DNR gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen dafür stark gemacht, neben den notwendigen kurzfristigen, krisenbedingten Maßnahmen auch den mittel- und langfristigen Handlungsbedarf nicht aus den Augen zu verlieren. Der erste politische Dialog des DNR „Umwelt. Macht. Politik“ im September 2022 ging mit Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Frage nach, wie die Krisen die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation beeinflussen.

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen hat sich der DNR zudem gegen den Streckbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke bis April 2023 ausgesprochen und

betont, dass das Zurückholen einzelner Kohlekraftwerke aus der Reserve nicht zu einem fossilen Lock-in führen darf.

Bezüglich der Zukunft des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) wurde die Notwendigkeit, entschlossen zu handeln, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stärker in den Vordergrund gerückt. Dennoch weigerten sich 2022 einzelne Bundesministerien, notwendige und ambitionierte Sofortprogramme vorzulegen oder forderten gar die vollständige Verwässerung des Gesetzes. Der DNR hat im Rahmen dieser anhaltenden Diskussion, gemeinsam mit den Umweltverbänden, immer wieder die Relevanz der jahresscharfen Sektorziele im Klimaschutzgesetz sowie die Bedeutung des Monitorings der Ziele und das Erarbeiten von Klimaschutzsfortprogrammen hervorgehoben.

Der DNR koordinierte 2022 gemeinsame Forderungen und Botschaften der Umweltverbände zu klima- und energiepolitischen Themen in verschiedenen Austauschrunden auf Arbeits- und Geschäftsführungsebene und vertrat die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen in diversen Strategierunden mit Akteur*innen aus Industrie, Zivilgesellschaft oder Bundesministerien. Verschiedene strategische Kooperationen wurden 2022 initiiert und organisiert, die 2023 fortgesetzt und in Bereichen wie bei der Frage nach einer sozialverträglichen Energie- und Wärmewende weiter intensiviert werden sollen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, spielt eine zentrale Rolle für die Umsetzung der Energiewende, für größere Energiesouveränität und das Erreichen der Klimaziele. Jedoch schreitet der Ausbau nach wie vor zu langsam voran. Die Bundesregierung hat 2022 mehrere Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht darunter die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG), die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das „Wind-an-Land-Gesetz“ (WaLG), um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Diesen Prozess hat der DNR gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen eng begleitet und kommentiert. Auch die Umsetzung dieser neuen Regelungen wird der DNR eng verfolgt.

Zudem gab es im Mai 2022 eine vom DNR koordinierte gemeinsame Verbändeaktion vor dem Reichstagsgebäude zur Solardachpflicht. Ein bereits bestehendes Verbändepapier zur Solarenergie wurde im Herbst 2022 aktualisiert und erneut veröffentlicht.

Der DNR war gemeinsam mit den Umweltverbänden und weiteren Akteur*innen aus den Erneuerbare-Energien-Verbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft im engen Austausch zum Ausbau der erneuerbaren Energien und koordinierte zahlreiche Stellungnahmen und gemeinsame (offene und geschlossene) Briefe.

PLANUNGS- UND GENEHMIGUNGS-BESCHLEUNIGUNG

Die Diskussionen rund um das Thema Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren halten an. Diese Debatten hat der DNR 2022 gemeinsam mit den Umweltverbänden eng begleitet und Handlungsempfehlungen erarbeitet sowie parlamentarische Veranstaltungen durchgeführt. Zentral für die Beschleunigung ist ein Mehr an Personal in den Planungs- und Fachbehörden, eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, die Priorisierung von Gerichtsverfahren sowie einheitliche Standards in Hinblick auf Datenerhebung und -verarbeitung. Ein Abbau von Umwelt- und Beteiligungsrechten muss dringend vermieden werden.



Umweltverbände fordern vor dem Reichstagsgebäude mehr Schwung bei der Solardachpflicht. Foto: DNR/Thorsten Greb

GAS UND WASSERSTOFF

Der Krieg in der Ukraine und der darauffolgende Anstieg der Energiepreise haben schmerzhaft gezeigt, wie dringend Deutschland sich unabhängig von fossilem Gas machen muss. Für die Umweltverbände war es eine bittere Pille, dass Kohlekraftwerke in die Reserve gingen, um die sinkende Stromerzeugung aus Gas kompensieren zu können. Auch die Planungen für den massiven Ausbau von LNG-Terminals zur Diversifizierung des Imports von fossilem Gas stießen bei den Verbänden auf Widerstand. Der DNR koordinierte Gesprächstermine, Briefe und Forderungspapiere, um der Gefahr eines Rückfalls in fossile Strukturen entgegenzuwirken.

Das Thema Wasserstoff erlebt seit wenigen Jahren einen regelrechten Hype. Während grüner Wasserstoff für den Umbau der Industrie unabdingbar ist, ist seine Verfügbarkeit eng begrenzt. Es muss vermieden werden, dass Gasinfrastrukturen mit dem Vorwand gebaut oder erhalten werden, sie seien zu einem späteren Zeitpunkt auf Wasserstoff umrüstbar. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern erarbeitete der DNR Kriterien für die H2-Readiness von Gaskraftwerken und begleitete die Überarbeitung der Nationalen Wasserstoffstrategie.

ATOM

Der Streckbetrieb der Atomkraftwerke war aus Sicht der Umweltverbände eine unangemessene und ungeeignete


Maßnahme, um der Energiekrise zu begegnen. Der DNR brachte sich in die Debatte um eine Laufzeitverlängerung ein und koordinierte einen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz, in dem die Einwände der Umweltverbände dargelegt wurden. Um Raum für Austausch zu dem Thema zu schaffen, veranstaltete die DNR-Geschäftsstelle zudem ein internes Mitgliederforum zur AKW-Laufzeitverlängerung.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

2022 fanden regelmäßige Austauschrunden mit den Umweltverbänden zum Thema Kreislaufwirtschaft statt. Im Zentrum der Treffen stand insbesondere die von der Bundesregierung angekündigte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS). Gemeinsam wurde diskutiert, welche Schwerpunkte hier aufgegriffen werden müssen und wie sich die Umweltverbände zukünftig in den Prozess einbringen können bzw. werden. Im Vordergrund stand dabei die Frage, wie eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs mit Hilfe der NKWS erreicht werden kann.

VERKEHR

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung kündigt einen neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen an. Der dazu Ende des Jahres 2022 gestartete Infrastrukturdialog des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) lässt die notwendige Neubewertung



Der DNR forderte von der Bundesregierung eine Korrektur des LNG-Beschleunigungsgesetzes. Foto: AdobeStock/vladsv



Zentral für die Energiewende: Der Ausbau der Windenergie. Foto: AdobeStock/OSORIOartist

des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) aus Umwelt- und Klimasicht vermissen. Daher wurde der Dialog mit einem Verbände-Forderungspapier an den Bundesverkehrsminister kritisch begleitet.

In mehreren Schreiben sowie einer Bundespressekonferenz wurde gemeinsam mit der Fahrradwirtschaft die Modernisierung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) gefordert.

Mit Blick auf die klimapolitische Verantwortung des Flugverkehrs hat der DNR zusammen mit den Mitgliedern des AK Flugverkehr im DNR darüber hinaus einen an das Bundesumweltministerium gerichteten Verbändebrief zur Notwendigkeit der Entschwefelung von Kerosin erarbeitet. Zudem fanden auch die Spitzengespräche der Umweltverbände mit der Deutschen Bahn 2022 wieder statt.

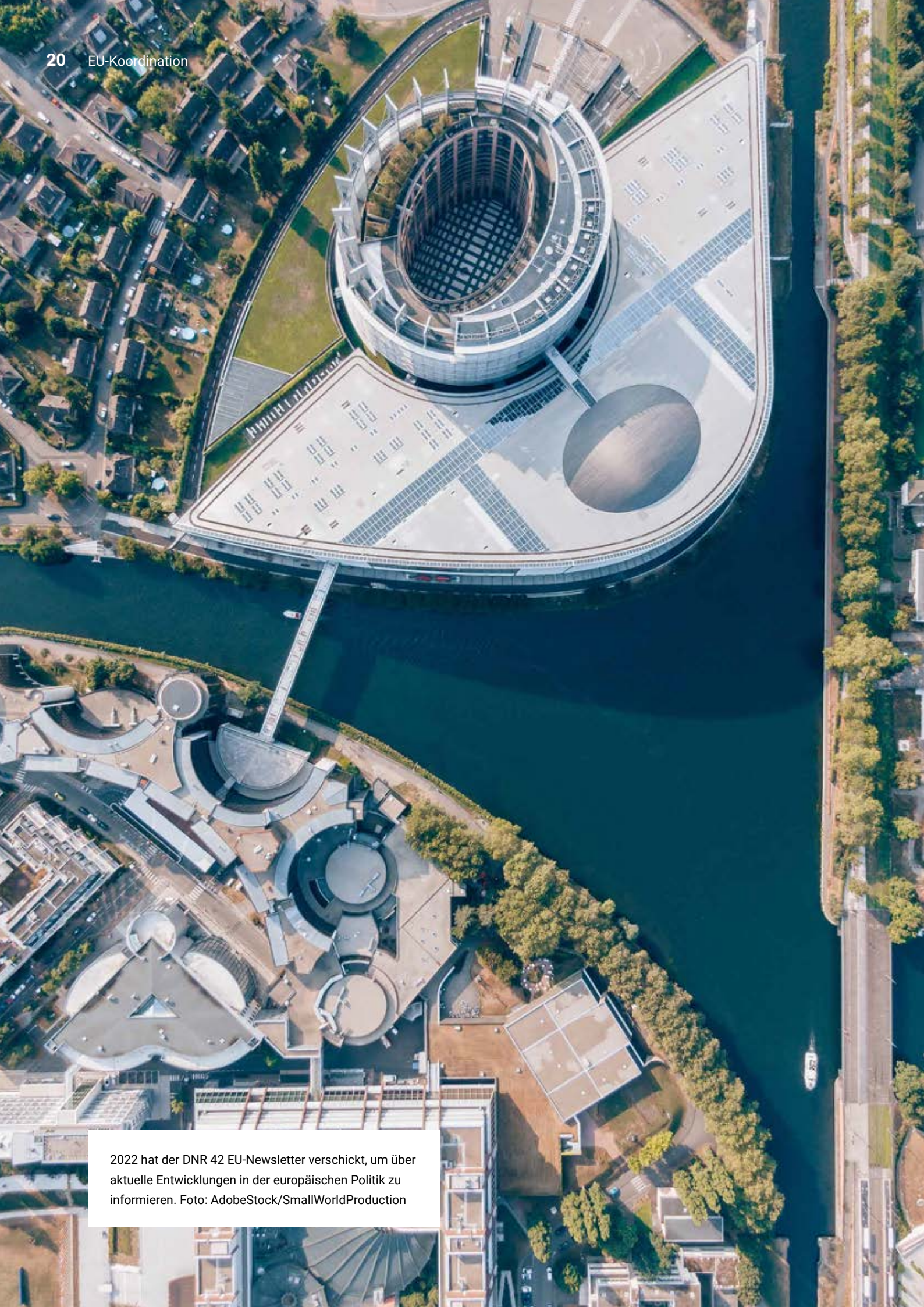
PROJEKT RESSOURCENWENDE

Der DNR war auch 2022 gemeinsam mit dem BUND und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) an dem Förderprojekt „Beteiligung von Umweltverbänden an Debatten zur Ressourcenpolitik“ beteiligt. Ziel des Projekts ist, die Umweltverbände stärker in laufende ressourcenpolitische Prozesse einzubeziehen und das Augenmerk auf eine nachhaltige Ressourcenpolitik zu richten. Der DNR übernahm die Koordination der Kommunikationsaufgaben und betreute den Newsletter und die Website „ressourcenwende.net“.

DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT

Vom 30. September bis 02. Oktober fand mit über 2.500 Teilnehmenden die Konferenz für Nachhaltigkeit und Digitalisierung „Bits & Bäume“ an der TU Berlin statt. Auf Einladung von 13 Organisationen aus Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Digitalpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft trafen sich Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen, um politische Forderungen und Handlungsansätze für eine nachhaltige Digitalisierung zu diskutieren. Der DNR ist Teil des Trägerkreises des Bündnisses. Der Hauptgrund für die Ausrichtung der Konferenz war, dass viele umwelt-, entwicklungs- und netzpolitische Organisationen bislang unzureichend miteinander vernetzt sind und meist nebeneinander agieren. Daher wurde „Bits & Bäume“ auch als öffentliche Vernetzungskonferenz konzipiert und hatte gegenüber der ersten Konferenz von 2018 drei neue Schwerpunkte: eine verstärkte Einbeziehung internationaler (europäischer) Akteur*innen, einen größeren Fokus und eine größere Einflussnahme auf die politische Ebene sowie die Einbeziehung ökologisch wirtschaftender kleiner und mittlerer Unternehmer*innen mit einem Fokus auf nachhaltige Digitalisierung.

Vor der Konferenz veröffentlichte das Bündnis mehr als 60 politische Forderungen für eine gerechte und demokratische Digitalisierung innerhalb der planetaren Grenzen als Gegenentwurf zur Digitalstrategie der Bundesregierung.



2022 hat der DNR 42 EU-Newsletter verschickt, um über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Politik zu informieren. Foto: AdobeStock/SmallWorldProduction



IM FOKUS

EU-Koordination

„Russlands Krieg gegen die Ukraine hat 2022 gezeigt, dass Klimaschutz mit erneuerbaren Energien auch Freiheit und Unabhängigkeit von Autokraten bedeutet. Dieser europäische Weg hat den sozial-ökologischen Umbau Europas beschleunigt. Hier müssen wir weitermachen, dürfen dabei aber den Kampf gegen die Biodiversitäts- und Verschmutzungskrise nicht hintanstellen.“

Bjela Vossen, Leiterin EU-Koordination



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen, Antje Mensen (bis 07/22), Elena Hofmann (seit 02/22 zurück aus der Elternzeit),
Laura Gies (Elternzeitvertretung bis 02/22), Lioba Donner (seit 10/22), Juliane Grüning



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/eu-umwelt-und-klimapolitik



Im Zentrum der europäischen Klimapolitik stand 2022 das EU-Klimapaket „Fit for 55“.
Foto: AdobeStock/ifeelstock

IM FOKUS

EU-Koordination

Die EU-Koordination bildet seit über 30 Jahren die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und dem EU-Umweltnewsletter werden aktuelle umweltrelevante EU-Themen nach Berlin geholt, die Verzahnung deutscher und europäischer NGO-Arbeit sichergestellt sowie die deutschen Umweltverbände in ihren Strategien und Aktivitäten koordiniert. Dabei arbeitet der DNR eng mit den deutschen Verbänden, den Brüsseler Dachverbänden wie dem Europäischen Umweltbüro (EEB) und dem Climate Action Network (CAN Europe) sowie der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) zusammen. Ziel ist, die deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen zu motivieren, sich frühzeitig an den Brüsseler Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen.

EUROPÄISCHER GREEN DEAL

Durch den Green Deal will die EU-Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Transformation der EU und die Klimaneutralität Europas bis 2050 möglich machen. Er bietet zahlreiche vielversprechende Ansatzpunkte, um die EU nachhaltiger sowie widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen. Als Antwort auf den Krieg in der Ukraine soll die EU schneller unabhängig von russischem Gas und Öl werden. Dies hat die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt – teilweise auf Kosten des Umwelt- und Naturschutzes.

Der DNR hat dazu beigetragen, dass der Green Deal als zentral für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau Europas angesehen wird und das „Fit for 55“-Klimapaket als Mindestniveau für Klimaschutz in die Arbeit der Bundesregierung eingeflossen ist. Dies geschah unter anderem durch die Mobilisierung und Koordinierung der deutschen Verbände, Vernetzung mit den Brüsseler Dachverbänden und der EBD, durch wöchentliche Informationen mit dem EU-Umweltnewsletter, regelmäßige Updates und zahlreiche Publikationen wie „Der heiße Draht nach Brüssel“. Ein weiteres Highlight war der EU-politische Umweltimpuls zu den Umweltschwerpunkten 2023 gemeinsam mit dem Umweltbundesamt (UBA) und BMUV.

Durch Briefe, Positionspapiere und Advocacy-Arbeit hat der DNR – abgesehen von den Klimadossiers – versucht, die künftigen Gesetzesinitiativen zu Bodengesundheit, zur Wiederherstellung von Ökosystemen, Umweltverschmutzung und Chemikalien, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und zur Taxonomie zu verbessern.

GREEN EU RECOVERY / EU-FISKALRAHMEN

Der Schuldenmechanismus des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurde zur Bewältigung der Corona-Pandemie ausgesetzt. Der EU-Fiskalrahmen ist auch mit den notwendigen Mitteln für die sozial-ökologische Transformation nicht vereinbar. Deshalb steht in der EU die Reform des Fiskalrahmens an. Durch einen Steckbrief, monatliche Verbändetreffen mit Inputs aus Brüssel und Pressearbeit mit den aktiven Verbänden hat die EU-Koordination des DNR die Mitgliedsorganisationen informiert und in den politischen Prozess eingebunden. Außerdem hat sie die Vernetzung zwischen den deutschen und französischen Verbänden durch eine gemeinsame deutsch-französische NGO-Erklärung gestärkt.

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK DER EU

Im Zentrum der europäischen Klimapolitik stand 2022 das große EU-Klimapaket „Fit for 55“. Damit soll das neue 2030-Ziel einer Netto-Treibhausgasreduzierung von mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 möglich gemacht werden. Mit Vernetzungs-, Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit trug der DNR dazu bei, dass die Verhandlungen vorangetrieben wurden. Zentrale Dossiers des Pakets wurden 2022 erfolgreich abgeschlossen, mit teilweise großen Gewinnen für den europäischen Klimaschutz, ob-

gleich das Paket insgesamt nicht ausreicht, um die EU auf einen 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Die vom DNR koordinierte Arbeit der Umweltverbände, die auch gezielt Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Partnerorganisationen in Frankreich und Brüssel integrierte, leistete einen wichtigen Beitrag zu den Verhandlungen.

Die Advocacy-Arbeit zu „Fit for 55“ konzentrierte sich auf die Bundesregierung sowie die Verhandlungen im EU-Parlament: Beim Emissionshandel wurde die zentrale Forderung nach stärkeren Preissignalen für die CO₂-Minderung im Energie- und Industriesektor, einem Ende kostenloser Zertifikate für die Industrie sowie einem starken sozialen Ausgleich durch den Klima-Sozialfonds teilweise erreicht. Die von Deutschland vorangetriebene Ausweitung des Emissionshandels auf den Verkehrs- und Gebäudesektor wurde kritisch begleitet. Bei den Energiedossiers zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Gebäudeeffizienz ging es insbesondere darum, die EU-Ziele deutlich anzuheben und verlässlich durch nationale Ziele bzw. Maßnahmen zu unterfüttern. Weitere wichtige Dossiers waren die Lastenverteilung (Effort-Sharing), bei der die national verbindlichen Ziele durch die Verhandlungen gerettet wurden, das Ende der Neuzulassung von Verbrennern ab 2035 sowie der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, die Kohlenstoffsenken (LULUCF) und die Energiesteuerrichtlinie.

Die Advocacy-Arbeit in diesem Bereich geschah über zahlreiche Briefe an und Termine mit Entscheidungsträger*innen aus dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission, den zuständigen Ministerien und dem Bundestag im engen Austausch mit den deutschen und europäischen Verbänden. Unterstützt wurde die Arbeit durch Veranstaltungen, Workshops und Strategietreffen sowie Veröffentlichungen wie gemeinsame Forderungspapiere.



Der europäische Green Deal bietet zahlreiche vielversprechende Ansatzpunkte für eine sozialere und ökologischere Politik.

Foto: AdobeStock/Tobias Arhelger

Pod cast



Im Herbst 2022 ist der DNR-Podcast
„Umwelt aufs Ohr“ an den Start gegangen.
Foto: AdobeStock/Irina Popova



IM FOKUS

Presse und Kommunikation

„Das Jahr 2022 hat die Naturschutz- und Klimakommunikation verändert: Der Krieg in der Ukraine, die Energiepreiskrise und der Streckbetrieb der letzten drei Atomkraftwerke bestimmten über weite Strecken den öffentlichen und medialen Diskurs. Das machte es besonders herausfordernd, die hohe Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrise kommunikativ in den Fokus zu rücken.“

Thorsten Greb, Koordinator für Presse und Kommunikation




TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Thorsten Greb, Adréana Heß, Juliane Grüning, Marion Busch (für freie Mitarbeit)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/presse



Der DNR konnte 2022 seinen medialen Outreach im Vergleich zum Vorjahr weiter steigern. Foto: AdobeStock/mitrija

IM FOKUS

Presse und Kommunikation

2022 war aus Sicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein erfolgreiches Jahr. Mit insgesamt 91 Pressemitteilungen und -statements, sechs Pressegesprächen sowie einer Zunahme bei den Medienanfragen konnte das DNR-Kommunikationsteam gemeinsam mit den Fachkolleg*innen den medialen Outreach nochmals steigern. Zudem wurde mit dem DNR-Podcast „Umwelt aufs Ohr“ ein neues und informatives Format auf den Weg gebracht. In der Binnenkommunikation mit seinen Mitgliedsorganisationen hat sich der DNR als verlässlicher Partner bei Veranstaltungen und Social-Media-Kampagnen zu einer bundesweiten Solardachpflicht oder zur Modernisierung des Straßenverkehrsrechts präsentiert.

DNR-WEBSITE

Nachdem die neue DNR-Website im Dezember 2021 online gegangen ist, standen 2022 die inhaltlich-strukturelle Weiterentwicklung sowie das Feintuning von Layout und Funktionalitäten im Vordergrund. So wurde die Startseite mit neuen Modulen wie einem „DNR in den Medien“-Block und einem flexiblen „Kampagnen-Popup“ erweitert. Außerdem wurden für den DNR-Newsletter und das Debattenmagazin „movum“ neue Unterseiten entwickelt. Der Mitgliederbereich wurde um viele Inhalte erweitert. Um die Kontaktaufnahme mit der Geschäftsstelle zu erleichtern,

wurden darüber hinaus Formulare im Pressebereich und im Job-Bereich integriert.

TWITTER UND MASTODON

Der Twitter-Hauptkanal des DNR, „@naturschutzring“, war auch 2022 ein zentrales Tool der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Der Trend zu einer stärkeren Twitter-Nutzung hat sich weiter fortgesetzt, wenngleich die Klick-, Interaktions- und Followerzahlen nicht so stark gewachsen sind wie im Rekordjahr 2021. Dennoch konnte

„@naturschutzring“ über das Jahr hinweg mehr als 500 neue Kanal-Abonent*innen gewinnen. Damit stieg die Gesamt-Followerzahl auf über 4.100. Insgesamt erreichte „@naturschutzring“ über das Jahr mehr als 490.000 Impressionen.

Seit Ende 2022 ist der DNR zudem auf dem dezentralen sozialen Netzwerk Mastodon vertreten, um jenen Follower*innen, die nach der Twitter-Übernahme durch Elon Musk dem Netzwerk den Rücken gekehrt haben, einen alternativen Anlaufpunkt zu bieten.

DNR-NEWSLETTER

Auch 2022 hat der DNR-Newsletter mit vielen interessanten Themen, Gastbeiträgen und Interviews überzeugt und neue Leser*innen gewonnen. Über das Jahr hinweg konnte die Zahl der Abonent*innen gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt werden. Insgesamt zehn Schwerpunkt-Ausgaben wurden 2022 versendet. Die Themen reichten dabei von nachhaltiger Finanzpolitik über Moorschutz und Ernährungssicherheit hin zu Energiewende.

DNR-PODCAST „UMWELT AUFS OHR“

Anfang September, pünktlich zur zweiten Digitalkonferenz „Bits und Bäume“, startete der DNR seinen ersten eigenen Podcast mit der Episode „Was hat Digitalisierung mit Nachhaltigkeit zu tun?“. Bis Jahresende sind unter dem Titel „Umwelt aufs Ohr“ insgesamt fünf Podcast-Episoden erschienen, zuletzt zu „Gesundheit! Warum wir Klima und Umwelt schützen müssen“. Weitere sieben Episoden werden 2023 veröffentlicht, unter anderem zu Transformation, nachhaltiger Finanzierung und Katastrophenschutz. In jeder Episode kommt eine Expertin/ein Experte aus Zivilgesellschaft, Forschung und Politik zu Wort. Die Mitarbeiter*innen des Kommunikationsteams führen durch die Gespräche. Die Episoden wurden auf der DNR-Webseite, über alle gängigen Podcast-Dienste wie Spotify oder Deezer sowie über Twitter und Mastodon mit ansprechenden Sharepics vermarktet. Mit dem Podcast hat sich der DNR einen neuen Kommunikationskanal aufgebaut. Dank der informellen Gesprächssituation auf hohem Niveau werden komplexe Themen für eine Zielgruppe aufbereitet, die über wenig Vorwissen im Umweltbereich verfügt.

EU-NEWSLETTER

2022 hat das Redaktionsteam insgesamt 42 EU-Newsletter versendet und damit die Entwicklungen in der europäischen Umwelt- und Klimapolitik für die rund 5.000 Newsletter-Abonent*innen in hoher Qualität aufbereitet. Im Rahmen einer strukturellen Überarbeitung wurde unter anderem die Rubrik „Aus dem Netz gefischt“ eingeführt, und ein neuer Abschnitt mit prägnanten Textauszügen und Verlinkungen verweist kurz und knapp auf weitere wichtige Themen und Entwicklungen, die redaktionell nicht aufgegriffen werden konnten.

Meistgeklickte EU-News des Jahres waren „EU-Parlament will Schutzstatus des Wolfes überarbeiten“, dicht gefolgt von „Das neue EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur“. Ein Drittel der Websitebesucher*innen wurden über die EU-News und News auf den DNR aufmerksam. Damit trugen die beiden Newsletter maßgeblich zur Sichtbarkeit des DNR bei.



Logo des DNR-Podcasts „Umwelt aufs Ohr“
Foto: Schönlein Media



Die dramatischen Ereignisse des Jahres 2022 haben die Umwelt- und Naturschutzpolitik sowie die Arbeit des DNR und seiner Mitglieder auf eine unerwartete Probe gestellt. Foto: AdobeStock/Saray Leal



IM FOKUS

Vernetzung und Verbandsarbeit

„2022 wurde deutlich, dass eine Politik im Krisenmodus vielfach unberechenbare oder widersprüchliche Initiativen ergreift, die für die Verbändelandschaft nur schwer zu beeinflussen sind. In Zeiten einer zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume hat sich der DNR vermehrt für die Fragen von Beteiligungsrechten, Gemeinnützigkeit und Zivilgesellschaft eingesetzt. Denn eine lebendige Demokratie braucht ausreichend Freiräume für bürgerschaftliches Engagement, das auch in schwierigen Zeiten einen gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Florian Schöne, Simone Glück, Anna Geuchen



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de



Der DNR hat 2022 als Dachverband 99 Organisationen vertreten. Foto: AdobeStock/Animaflora PicsStock

IM FOKUS

Vernetzung und Verbandsarbeit

Die Koordinations- und Verbandsarbeit gehört zum Kerngeschäft eines Dachverbands. Mit Fachverteilern und thematischen Plattformen, elektronischen Mitgliederforen sowie kurzfristigen Initiativen zur Vernetzung interessierter Organisationen möchte der DNR den Sachverstand in seiner Mitgliedschaft bündeln und den Belangen des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes eine starke Stimme geben.

ZIVILGESELLSCHAFT UND GEMEINNÜTZIGKEIT

Mit der neuen DNR-Plattform „Zivilgesellschaft“ etablierte der DNR ein Austauschformat zu aktuellen Diskussionen und fachlichen Einschätzungen rund um zivilgesellschaftliche Fragen wie Engagementpolitik, Gemeinnützigkeitsrecht, Weiterentwicklung des Lobbyregisters oder Ehrenamtsförderung.

Ein thematischer Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses für Gemeinnützigkeit (BfG), in dessen Trägerkreis der DNR die Umweltverbände vertritt, lag auf dem Lobbyregister.

Hierzu wurden verschiedene Positionierungen und Verbesserungsvorschläge sowie ein gemeinsamer Brief an die Berichterstatter*innen sowie Fraktionsvorsitzenden veröffentlicht. Gemeinsam mit dem Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) veranstaltete der DNR einen Praxis-Workshop für die Verbände zum Hintergrund und zur Eintragungspflicht in das Lobbyregister.

Durch das Mitwirken im Fachbeirat Strukturentwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) konnte die Verbindung der Umweltverbände zu dieser wichtigen Anlaufstelle für eine Förderung ehren-



amtlichen Engagements gestärkt werden. Darüber hinaus wurde die Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) fortgesetzt.

KURS Z

Von August 2021 bis Mai 2022 nahmen erneut 13 Personen am „Kurs Z - Campaigning und mehr für junge Umweltengagierte“ (früher: Zukunftspiloten) teil. Drei Präsenzseminare und drei Wochenend-Online-Seminare wurden ergänzt durch wöchentliche Online-Check-Ins und zusätzliche Inhalte. So gelang es, über den langen Zeitraum als Gruppe zusammenzubleiben und viel über Strategie- und Kampagnenentwicklung, Moderation, Teamarbeit und kollegiales Coaching zu Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung in Theorie und praktischer Anwendung im eigenen Engagement-Leben zu lernen und anzuwenden.

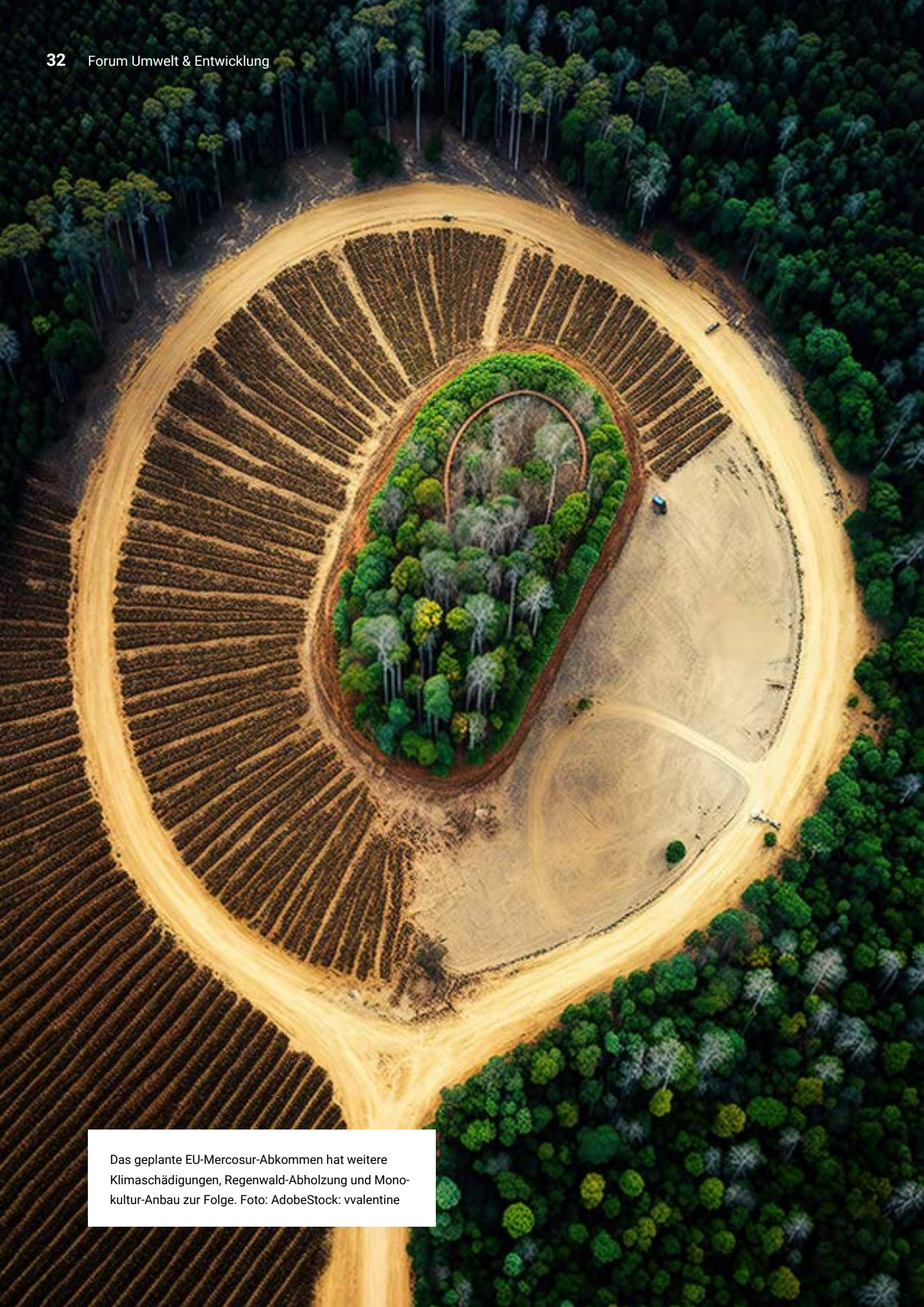
Im Herbst 2022 starteten erneut 16 Teilnehmer*innen in den nächsten Jahrgang. Das hybride Konzept wurde weitgehend beibehalten. Die Schwerpunkte sind Teamarbeit,

Strategieentwicklung, Kampagnen- und Projektplanung, onlinebasierte Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsentwicklung.

VERNETZUNG VON EXPERTINNEN AUS DEN MITGLIEDSORGANISATIONEN

Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat die Fortführung der Frauenvernetzung in den Umweltorganisationen aufgegriffen und zum 15. September 2022 zu einer ersten Austauschrunde ins BMUV eingeladen. Vereinbart wurden regelmäßige Austauschrunden mit der Ministerin zu aktuellen politischen Entwicklungen. Darüber hinaus wurde der Bedarf nach Möglichkeiten der Frauenförderung für Führungspositionen artikuliert.

Das BMUV zeigt sich dafür offen und plant in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und DNR eine zweitägige Konferenz, die sich gezielt der Werbung bei jungen Frauen und Mädchen für ehrenamtliches Engagement und Karriere im Umweltschutz widmet. Der Fokus liegt dabei primär auf dem beruflichen Coaching und der Vernetzung.



Das geplante EU-Mercosur-Abkommen hat weitere Klimaschädigungen, Regenwald-Abholzung und Monokultur-Anbau zur Folge. Foto: AdobeStock: vvalentine



DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

„Der Multilateralismus ist heute so gefährdet wie noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs. Globale Probleme können aber nur miteinander, nicht gegeneinander gelöst werden.“

Jürgen Maier, Projektstellenleiter



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier (Projektstellenleiter), Marie-Luise Abshagen-Hartwig (Leiterin Nachhaltigkeitspolitik), Anne-Katrin Bergmann (Sachbearbeitung/Buchhaltung), Nelly Grotefendt (Referentin Politik, Weltwirtschaft und Handelspolitik), Josephine Koch (Referentin Rohstoffpolitik), Tom Kurz (Referent NGO-Konferenz zur ICCM5), László Máraz (Kordinator Plattform Wald), Wolfgang Obenland (Leiter Finanzpolitik), Eileen Roth (Referentin Nachhaltigkeitspolitik), Christian Schwarzer (Referent Internationale Biodiversitätspolitik), Ludwig Essig (Freier Mitarbeiter im Netzwerk Gerechter Welthandel)



Mehr Informationen im Internet:
www.forumue.de



Illegale Müllentsorgung wird zu einem immer größeren Problem für Natur und Umwelt. Foto: AdobeStock/andrea

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Im Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, sind 44 Organisationen aktiv. Das FUE koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen (NROs) an der Schnittstelle von Umwelt, Nachhaltigkeit sowie Entwicklung. Hierfür sind im Forum acht Arbeitsgruppen und verschiedene Projektinitiativen angesiedelt, ebenso wie die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel. Der DNR ist Rechtsträger des Forums.

Der Rundbrief – die Verbandszeitschrift des Forums Umwelt & Entwicklung – erscheint dreimal jährlich. Die erste Ausgabe („Rundbrief I/2022: Was kostet die Welt? Nachhaltigkeit braucht gerechte Finanzsysteme“) befasste sich schwerpunktmäßig mit dem „Financing for Development“-Prozess und weiteren Fragen der Finanzpolitik. Die zweite Ausgabe („Rundbrief II/2022: Mit voller Kraft rückwärts? Umwelt- und Entwicklungspolitik in Zeiten des russischen Angriffskrieges“) gab Einblicke in aktuelle Entwicklungen in Folge des Krieges in der Ukraine. Und die letzte Ausgabe („Rundbrief III/2022: Vergiftete Profite: (K)ein Ende der Pestizidnutzung in Sicht?“) befasste sich mit vielfältigen Aspekten der Nutzung und Regulation von Pestiziden. Zusätzlich gaben alle Rundbriefe in den Rubriken „Aktuelles“ und „Aus dem Forum“ Einblicke in aktuelle politische Prozesse.

AGENDA 2030

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen-Hartwig und Eileen Roth

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) werden viele Herausforderungen, Probleme und Chancen nachhaltiger Entwicklung adressiert, wie Armutsbekämpfung, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Begleitet wird ihre Umsetzung durch eine Überprüfungsstruktur auf UN-Ebene im Rahmen des High Level Political Forum (HLPF). Staaten haben so die Möglichkeit, im Rahmen von freiwilligen Staatenberichten (Voluntary National Reviews) über ihre Umsetzungsfortschritte zu berichten. In Deutschland wird die Agenda 2030 u.a. durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) umgesetzt. Das Forum Umwelt & Entwicklung arbeitet zur nationalen, europäischen und

internationalen Umsetzung der SDGs und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft diesbezüglich.

Ein Schwerpunkt lag 2022 auf den „Gesetzen für Nachhaltigkeit – Vorschläge für die 20. Legislaturperiode des Bundestags“, die das Forum gemeinsam mit Expert*innen aus den Verbänden erarbeitet hat. In der Publikation wurden über 100 Vorschläge für Gesetze gemacht, die zu mehr Nachhaltigkeit in Deutschland führen können. Die Broschüre stieß auf großes Interesse, wurde auf zahlreichen Veranstaltungen vorgestellt und im Frühjahr auch ins Englische übersetzt. Die Abonnent*innen des SDG-Newsletters wurden alle zwei Monate in einem umfassenden Update informiert.

Um den Umsetzungsstand der Gesetzesvorschläge zu überprüfen und übersichtlich darzustellen, wurde auf der Website www.2030watch.de, die vom Forum betrieben wird, ein „SDG-Gesetze-Tracker“ integriert. Die Website informiert darüber hinaus über die SDGs und das SDG-Monitoring in Deutschland, der EU und auf internationaler Ebene. Im Frühjahr 2022 wurde außerdem ein zivilgesellschaftliches SDG-Monitoring in die Website integriert. Dieses stellt die Daten des offiziellen SDG-Monitoring zivilgesellschaftlich entwickelten und erhobenen Daten gegenüber. Es wurden verschiedene Materialien entwickelt, die das SDG-Monitoring erklären und veranschaulichen, so zum Beispiel eine dreiteilige Handout-Reihe zu den Themen „Was sind die SDGs?“, „Was ist das SDG-Monitoring?“ und „Was ist 2030Watch?“ sowie Grafiken, die die Funktionsweise des Monitorings erklären. Die Website wurde ins Englische übersetzt, um sie auch für die internationale SDG-Arbeit nutzen zu können.

Das Forum organisierte 2022 zudem verschiedene Veranstaltungen zu den SDGs. Im Rahmen eines Projektes von SDG Watch Europe und u.a. dem EU Russia Civil Society Forum beteiligten sich die Projektmitarbeiter*innen im Juli an einem dreitägigen Workshop mit Bürger*innen aus Russland in Berlin. Schwerpunkte des Workshops waren Advocacy, Awareness raising und Building networks. Im Februar fand ein Webinar statt, in dem die russischen Partner*innen die Erarbeitung ihres Schattenberichts zum russischen Voluntary National Review 2020 vorstellten.

Im Juli 2022 beteiligte sich das Forum am HLPF, das erstmalig wieder in Präsenz in New York stattfand. Gemeinsam mit dem Global Policy Forum veranstaltete das Forum mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein Online-Briefing live vom HLPF. Es ging dabei um die Rolle des HLPF angesichts der globalen Krisen und geopolitischen Verwerfungen und um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie um die

Folgen der COVID-19-Pandemie auf die Umsetzung der Agenda 2030.

Bei einer Diskussionsveranstaltung im September wurde der Umsetzungsstand der Agenda 2030 auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene beleuchtet und mit Vertreter*innen der Bundesregierung und des Bundestages diskutiert. Im Dezember organisierte das Forum gemeinsam mit dem Global Policy Forum ein Fachgespräch zur Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und zu den Erwartungen an den SDG-Summit.

Das Forum ist gemeinsam mit VENRO Träger des Netzwerk Agenda 2030, einem Zusammenschluss verschiedener Organisationen zur Koordination der zivilgesellschaftlichen Arbeit zu den SDGs. Das Netzwerk tagte 2022 regelmäßig. Auch ist das Forum Mitglied der Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, die regelmäßig vor den Sitzungen der Staatssekretär*innen zusammenkommt. Im Jahr 2022 fand jedoch keine Dialoggruppensitzung statt. Außerdem nahm das Forum 2022 an Lobbyterminen mit der Bundesregierung und dem Bundestag zu den SDGs teil, hielt zahlreiche Vorträge und verfasste Artikel in externen Publikationen zu den SDGs.

Marie-Luise Abshagen-Hartwig war bis Mai 2022 Mitglied der Steering Group von SDG Watch Europe, dann endete turnusmäßig ihr vierjähriges Mandat. Sie war 2022 weiterhin Mitglied der Facilitation Group von „Action4Sustainable Development“.

FINANZIERUNG NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Obenland

Das 2021 gestartete und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) geförderte Projekt mit der „Plattform Transformative Finanzpolitik“ wurde 2022 fortgeführt. Ziel des Projekts ist die Schaffung eines Raums für zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Deutschland, an dem über strukturelle und finanzpolitische Veränderungen, die für mehr Nachhaltigkeit notwendig sind, nachgedacht werden kann. Zugleich sollen die Kontakte zu Politik und internationaler Zivilgesellschaft gefestigt werden. So wurden Gespräche mit der Bundesregierung geführt, u.a. dem BMZ, dem Bundesfinanzministerium und dem Bundeskanzleramt. Außerdem wurde Kontakt zu Abgeordneten in den Entwicklungs- und Finanzausschüssen des Bundestags aufgenommen.

Die Projektleitung hat 2022 neue Kommunikationskanäle etabliert: Eine interne Mailingliste zum Austausch unter den beteiligten NGOs, eine Website mit umfangreichen Informationen zu den verschiedenen Projekthaltungen (abrufbar unter ptf.forumue.de) sowie ein Newsletter, der über neue Inhalte auf der Website informiert.

Ein weiteres Highlight war die erarbeitete Sonderausgabe des „Rundbrief“. Unter dem Titel „Was kostet die Welt? Nachhaltigkeit braucht gerechte Finanzsysteme“ erschienen im März 33 Artikel, u.a. von den Bundesministerinnen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und für Umwelt und Verbraucherschutz sowie von Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

Ergänzend wurden verschiedene Textbeiträge im Rundbrief verfasst, ein Infobrief zur Streitbeilegung im internationalen Steuerrecht sowie ein Beitrag für die Jahrespublikation der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (erschieden im Januar 2023).

Zuletzt hat sich das Projektteam verstärkt an internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Prozessen beteiligt, beispielsweise am Civil 7-Prozess und am Civil Society Financing for Development Mechanism (CSFfDM). Den CSFfDM vertritt das Forum außerdem im Leitungskreis des Regional Civil Society Engagement Mechanism bei der UN Economic Commission for Europe. Das Forum war auch beteiligt an internationalen Prozessen und Ereignissen, wie dem Treffen der Group of Friends of Monterrey, dem Forum on Financing for Development follow-up des Economic and Social Council (ECOSOC) und dem High-level Political Forum on Sustainable Development.

CHEMIKALIEN / STRATEGIC APPROACH TO INTERNATIONAL CHEMICALS MANAGEMENT

Zuständig in der Geschäftsstelle: Tom Kurz

Im Mittelpunkt der Arbeit stand 2022 die Koordination der deutschen zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen, die sich mit dem „Strategic Approach to International Chemicals Management“ (SAICM) beschäftigen. Das Forum arbeitet hier vor allem mit dem BUND, HEJ-Support, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN) Germany und Women Engage for a Common Future (WECF) zusammen. Neu dazugekommen ist 2022 die Organisation European Network for Environmental Medicine (EnvMed). Der Austausch und die gemeinsame Arbeit findet über monatliche digitale Treffen statt. Auf der gemeinsamen Projekt-Website www.giftfreie-zukunft.org werden regelmäßig Beiträge zum Thema veröffentlicht. Im September nahm das

Forum am vierten Treffen des intersessionalen Prozesses zur Vorbereitung eines SAICM-Folgeabkommens in Bukarest teil.

Außerdem gab es mehrfach Austauschtreffen mit dem zuständigen Referat im BMUV und mit weiteren politischen Akteur*innen.

Als Nachbereitung der Konferenz „Tomorrow without Toxics“ vom November 2021 wurde eine Themenseite mit Aufzeichnungen und Zusammenfassungen auf der Projekt-Website eingerichtet: www.giftfreie-zukunft.org/icscdm. Ferner wurde der auf der Konferenz verfasste Call to Action veröffentlicht, den mittlerweile über 100 Organisationen unterschrieben haben: www.giftfreie-zukunft.org/call-to-action-for-a-tomorrow-without-toxics.

Im März gestaltete das Forum gemeinsam mit den Projektpartner*innen die Neuauflage der chemiepolitischen Mittagstalks. In fünf Online-Veranstaltungen wurde jeweils ein Aspekt der Chemikalienpolitik in den Fokus gestellt. Die Talks stießen auf großes Interesse und sind weiterhin online abrufbar.

Mit der europäischen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit wurde der Weg für eine Revision der Chemikalien-Verordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) geebnet. Ab April übernahm das Forum zusätzlich die Koordination deutscher NGOs zum REACH-Prozess. In regelmäßigen Austauschtreffen wurden gemeinsame Aktivitäten geplant, Briefe an Ministerien geschrieben und weitere Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.

Zusammen mit weiteren NGOs und Bündnissen erarbeitete das Forum den zivilgesellschaftlichen Appell zur Senkung des primären Ressourcenverbrauchs „Transformation by Design not by Disaster“.

Gemeinsam mit anderen NGOs begleitet das Forum ferner den Entstehungsprozess des Exportstopps von in Deutschland und Europa aufgrund ihrer Schädlichkeit verbotenen Pestizide in Drittstaaten. Das Thema wurde auch im dritten Rundbrief 2022 behandelt.

RESSOURCENPOLITIK

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch

Deutsche Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI)

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist eine globale Initiative für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz im Rohstoffsektor. Deutschland (D-EITI) ist

ihr 2015 beigetreten und hat sich somit verpflichtet, in einem jährlichen Bericht rohstoffbezogene Finanzströme zwischen Regierung und Wirtschaft sowie weitere wichtige Informationen über den Rohstoffabbau in Deutschland offenzulegen. Der D-EITI Bericht wird gemeinsam von einer Multi Stakeholder Gruppe (MSG) aus Vertreter*innen der Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft erstellt. Das Forum ist Teil der zivilgesellschaftlichen Gruppe und vertritt dort auch den AK Rohstoffe.

Im Februar 2022 wurde der 4. D-EITI Bericht veröffentlicht. Er besteht aus zwei Teilen: Der Kontextteil enthält Informationen, die der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick über den nationalen Rohstoffsektor geben. Im zweiten Teil des Berichts erhebt ein unabhängiger Verwalter die wichtigsten Zahlungen von rohstofffördernden Unternehmen und überprüft die Qualität der Daten. Statt einem Abgleich der rohstoffbezogenen Zahlungen der Unternehmen mit den staatlichen Einnahmen aus dem Sektor vorzunehmen, besteht das alternative Verfahren, an dem sich die D-EITI seit ihrem 3. D-EITI Bericht erprobt, aus einer umfassenden Darstellung der Systeme und Prozesse, die den Zahlungsströmen zugrunde liegen.

Wichtige Sonderthemen, die auf Betreiben der Zivilgesellschaft im Bericht verankert wurden, sind Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in die Natur, Rückstellungen und Sicherheitsleistungen, Wasser, Umweltschutz, Renaturierung, Rekultivierung, Beschäftigung und Soziales,

Kreislaufwirtschaft sowie die Auswirkungen der Energie- und des Strukturwandels auf die Rohstoffförderung in Deutschland. Sie gehen über den internationalen EITI-Standard hinaus und erhöhen so die Relevanz der EITI in Deutschland.

Im 5. D-EITI Bericht wurde der Kontextteil um ein Kapitel zur Rohstoffversorgung in Deutschland und seine Rolle im internationalen Rohstoffmarkt erweitert. Hier hat die Zivilgesellschaft u.a. dafür gesorgt, dass sichere Rohstoffversorgung nicht nur als Diversifizierung der Rohstoffimporte, verstärkter heimischer Rohstoffabbau und mehr Recycling verstanden wird, sondern mit einer Transformation hin zu einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft und einem verringerten Verbrauch von Primärrohstoffen einhergehen muss.

Insgesamt fanden 2022 unter Beteiligung des Forums fünf große MSG-Sitzungen statt.

Rohstoff- und Ressourcenwende

Das Forum war auch im Jahr 2022 aktives Mitglied des Koordinierungskreises (Ko-Kreis) des AK Rohstoffe. Neben den regelmäßigen Treffen gehörte die Durchführung einer Sommer- und Wintertagung zu wichtigen Aufgaben, bei denen zentrale Positionen des AK zum metallischen und mineralischen Bergbau und dessen ökologische und menschenrechtliche Auswirkungen diskutiert wurden.

Die Rohstoffversorgung in Deutschland muss mit einer Transformation hin zu einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft und einem verringerten Verbrauch von Primärrohstoffen einhergehen. Foto: AdobeStock/evgenii_v



Dass im Koalitionsvertrag erstmals das Regierungsziel enthalten ist, den absoluten Rohstoffverbrauch in Deutschland zu reduzieren und eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft aufzubauen, ist auch ein Ergebnis erfolgreicher Lobbyarbeit des Forums. Eine solche Rohstoffwende, aber auch faire Lieferketten und gerechter Rohstoffhandel, heimischer Abbau und Konfliktrohstoffe waren die zentralen Diskussionspunkte auf dem Rohstoffgipfel des AK Rohstoffe im Oktober 2022. Dieser stellte den Abschluss der traditionellen Alternativen Rohstoffwoche dar. Der Gipfel ermöglichte einen wichtigen Austausch mit Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft.

Anlässlich der Anfang 2023 erwarteten neuen Eckpunkte zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung verfasste der AK Rohstoffe das Positionspapier „Für eine zukunftsfähige, global gerechte Rohstoffpolitik – Für eine Rohstoffwendestrategie!“.

Daneben ist das Forum aktiver Teil des Ressourcenwende-Netzwerks von BUND, DNR und IÖW. Gemeinsam wurde der Appell „Transformation by Design, not by Disaster“ erarbeitet, der von über 60 zivilgesellschaftlichen Organisationen gezeichnet und an die entsprechenden Bundesminister*innen verschickt wurde. Der Appell befasst sich mit der absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs sowie echten Ressourcenschutzziele und -gesetzen und wurde begleitet von Veranstaltungen zum Thema. Zudem fanden mehrere Veranstaltungen der AG Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz statt. Zum Thema Mobilität und Ressourcenschutz wurde das Forum als Inputgeber zu Veranstaltungen der Grünen eingeladen.

Bioökonomie

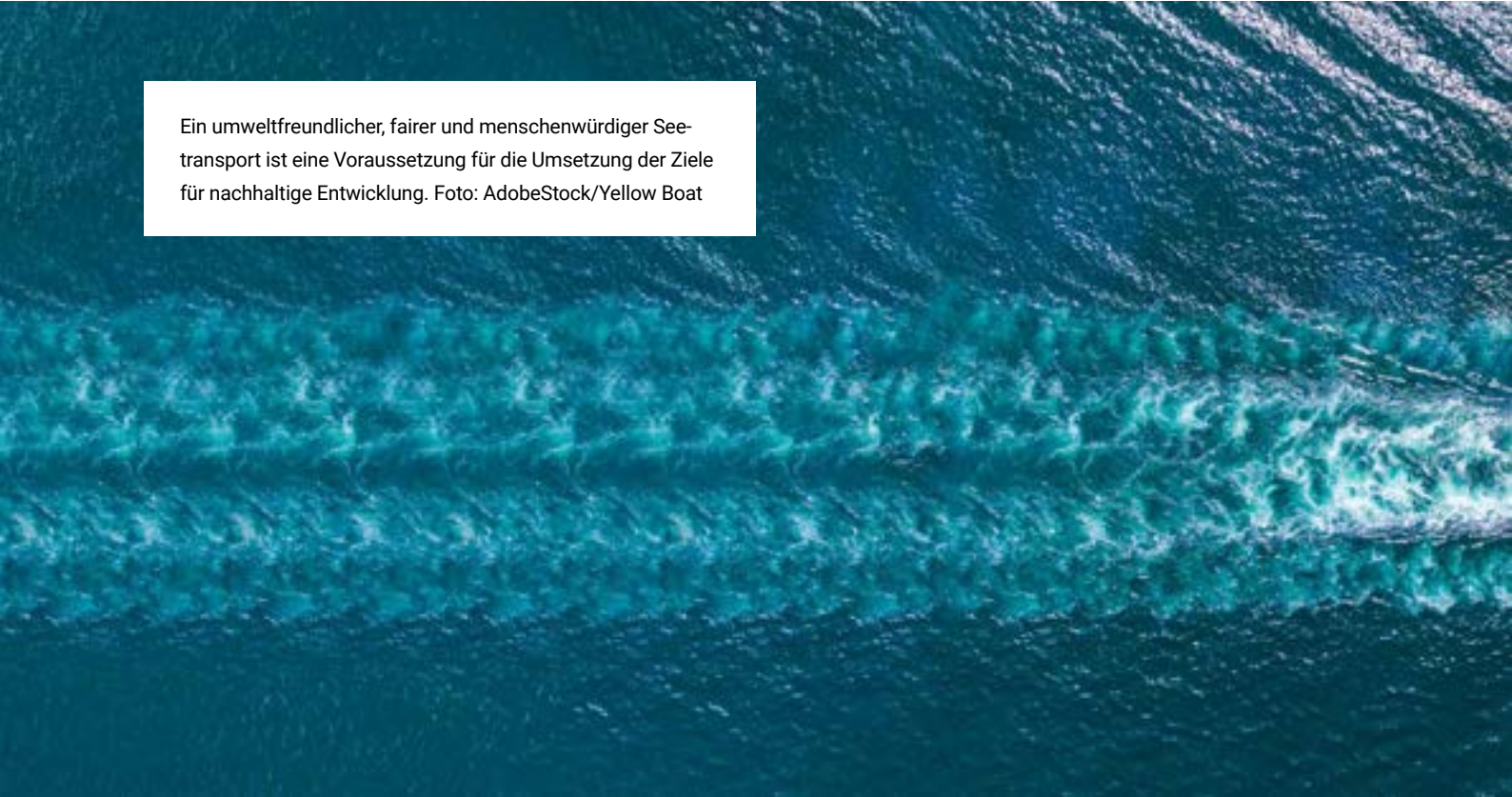
Das Forum beteiligte sich 2022 beim „Aktionsforum Bioökonomie“ (koordiniert von „denkhausbremen“) am strategischen Austausch. Eine wichtige Veranstaltung war Anfang 2022 außerdem der alternative Bioökonomie-Gipfel „Wie viel Bioökonomie verträgt unser Globus?“. Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Welthungerkrise wurde zudem im Rahmen des Aktionsforums ein gemeinsames Verbändestatement mit dem Titel „Ukraine-Krieg und die Folgen für die Welternährung: Bundesregierung muss Bioökonomie überdenken“ erarbeitet. Es wurde an die Presse sowie an diverse Bundesministerien gesendet.

HANDELPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT (INKL. AG-HANDEL)

Zuständig in der Geschäftsstelle: Nelly Grotefendt

Das Forum Umwelt & Entwicklung begleitete die europäische Handelspolitik auch 2022 in den verschiedenen nationalen und internationalen Kontexten. Im Fokus stand dabei die Koordination der AG Handel und die Vorstandsarbeit bei dem europäischen Netzwerk „Seattle to Brussels“, ergänzt durch das Netzwerk Gerechter Welthandel und das Bündnis Fair übers Meer.

2022 fand die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf statt, die inhaltlich und durch Pressearbeit aktiv begleitet wurde. Es erschienen verschiedene Artikel in deutschsprachigen Zeitungen. Auf den Social-Media-Kanälen des Forums wurden dazu Postings und Videobeiträge erstellt. Die deutsche Zivilgesellschaft



Ein umweltfreundlicher, fairer und menschenwürdiger Seetransport ist eine Voraussetzung für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Foto: AdobeStock/Yellow Boat

konnte sich in einem täglichen Online-Briefing zum Stand der Verhandlungen und Aktivitäten austauschen. Die AG Handel arbeitete eng mit dem internationalen Netzwerk „Our world is not for sale“ zusammen.

Neben der WTO beschäftigte sich die AG Handel u.a. mit dem Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag (ETC), den Abkommen EU-Mercosur, EU-Mexiko, EU-Chile und EU-Kanada. Die Arbeit zu Nachhaltigkeit und Handel sowie Handel und Klima wurde 2022 fortgeführt.

Das Netzwerk „Seattle to Brussels“ konnte mithilfe des Vorstands eine neue Koordinatorin einstellen und die Weiterfinanzierung der Arbeit sichern. Außerdem wurde ein Namensänderungsprozess begonnen. Das Netzwerk soll zukünftig unter dem Namen „European Trade Justice Coalition“ bekannt sein.

Die Initiative „Konzernmacht beschränken“ hat sich 2022 in ihrer Arbeit auf drei Säulen konzentriert: Die 11. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Vernetzungsarbeit zu Monopolen und Konzernmacht innerhalb der deutschsprachigen Zivilgesellschaft mit Rückkopplung zu den europäischen Netzwerken sowie Kampagnenarbeit in Deutschland. Ergänzt wurde die Arbeit durch eine internationale Fachkonferenz zum transatlantischen Brückenschlag im Mai 2022.

NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL

Zuständig über freie Mitarbeit: Ludwig Essig

Im Netzwerk Gerechter Welthandel setzen sich seit mehr als sechs Jahren über 50 Mitgliedsorganisationen für eine global gerechte, faire, nachhaltige und demokratische Außenwirtschaftspolitik ein.

2022 standen der Protest gegen die Ratifizierung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA), die Kampagnenarbeit für den Austritt aus dem Energiecharta-Vertrag und die Freihandelsabkommen mit Lateinamerika im Mittelpunkt der Arbeit.

Mit der Abweisung der Bundesverfassungsbeschwerde gegen CETA im März war der Weg frei für die Ratifizierung in Deutschland. Nach einer Analyse des Urteils und dessen Kommentierung gegen die Ratifizierung von CETA entwickelte das Forum Wahlprüfsteine für die Landtagswahlen. Im Sommer wurde außerdem eine Aktions- und Strategiekonferenz gegen die Ratifizierung von CETA veranstaltet. Sie fand großen Anklang und kulminierte in bundesweiten Aktionstagen Mitte September. Parallel lief die Erstellung eines gemeinsamen transatlantischen Statements, das von kanadischen und einer großen Anzahl deutscher NGOs gezeichnet wurde.

Weil die geplante Zusatzklärung zum Investitionsschutz in CETA geheim verhandelt und gehalten wurde, obwohl sie Bedingung für die Zustimmung Deutschlands war, machte das Netzwerk diese nach einem Leak für alle öffentlich zugänglich. Dennoch wurde CETA im Dezember 2022 von Bundestag und Bundesrat ratifiziert.



Das Forum brachte sich 2022 in die Diskussion um die Biomassestrategie, den Zukunftsdialog Wald und die Novellierung des Bundeswaldgesetzes ein. Foto: AdobeStock/kentauros

Das Netzwerk begleitete die Ratifizierung vor Ort mit einer vier Meter hohen Justitia-Installation und einem Pressestatement.

Neben CETA engagierte sich das Netzwerk auch für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag. Bereits im Februar startete eine starke Allianz der Netzwerk-Organisationen eine Postkartenaktion, die Bundeswirtschaftsminister Habeck aufforderte, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Berichterstattung über die Modernisierungsverhandlungen des Vertrags. So veranstaltete das Netzwerk unter anderem mit Fridays for Future ein Webinar. Im Mai wurde ein zehn Meter großer fossiler Dinosaurier vor dem Bundeskanzleramt aufgestellt und im BMWK über eine Million Unterschriften für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag übergeben. Während der heißen Verhandlungsrunde zur Modernisierung unterstützt das Netzwerk den Protest in Brüssel und berichteten von vor Ort. Schließlich stimmte das EU-Parlament für einen Austritt. Im November kündigte Deutschland den Austritt an und vollzog diesen im Dezember - ein großer Erfolg für die Bewegung.

Parallel wurden Veranstaltungen zum EU-Mercosur-Abkommen organisiert, u.a. eine Theatervorstellung und ein Webinar zur Studie „Mobilitätswende ausgebremst“. Diese im Juni publizierte Studie legt die Auswirkungen des Handelsabkommens auf die Verkehrswende dar.

DIALOGPLATTFORM WALD (INKL. AG WÄLDER)

Zuständig in der Geschäftsstelle: László Maráz

Die Auswirkungen der Klimakrise und der Umgang damit in Forsten und Wäldern bestimmen nach wie vor die Debatten in der Waldpolitik. In der Kritik stehen der Kahlschlag geschädigter Waldflächen, bestimmte Holzerntemethoden und die Anlage neuer, vermeintlich „klimastabiler“ Holzplantagen.

Das Forum beteiligte sich an Aktivitäten zur Verhinderung industrieller Holzverbrennung sowie an Fachgesprächen zur Bioökonomie und Biomassepolitik. Hier drängt das Forum auf die Verringerung des Rohstoffverbrauches, eine verbesserte Holzverwendung und eine Beendigung der ineffizienten Holzverfeuerung.

Der Austausch mit anderen Waldakteur*innen wurde durch zahlreiche Besuche und Gespräche intensiviert. Das Forum plädiert für mehr Rücksichtnahme auf legitime Belange von Waldeigentümer*innen und Holzverarbeitern, wenn es darum geht, Wald- und Holznutzung aus Klimaschutzgründen praktisch ganz einzustellen. Denn Waldnutzung ist mit dieser Aufgabe alleine klar überfordert. Sehr hilfreich hierfür war eine Begehung größerer Kleinprivatwaldflächen mit dem Bayerischen Waldbesitzerverband.

Das Forum brachte sich zudem in die Diskussion um die Biomassestrategie, den Zukunftsdialog Wald und die Bestrebungen zur Novellierung des Bundeswaldgesetzes ein.

Die Lage im bewirtschafteten Wald, die Sorgen und Interessen sowie die Herausforderungen beim Waldumbau in der Klimakrise waren Themen des Workshops „Kleinprivatwald in der Klimakrise“ in Mittelfranken. Zwei ausgedehnte Waldexkursionen und Vorträge verschiedener Akteur*innen zeigten, dass Waldeigentümer*innen und Umweltverbände zahlreiche gemeinsame Vorstellungen teilen.

Hauptziel des Engagements des Forums in diesem Bereich ist die Schaffung und der Erhalt bestmöglich funktionsfähiger Waldökosysteme. Interessen von Waldeigentum, Holzwirtschaft und Verbraucher*innen müssen sich diesem Ziel strikt unterordnen, wenn Wälder die Klimakrise halbwegs gesund überstehen sollen. Das Forum hat Waldbesitzer*innen und die Akteur*innen aus Forst- und Holzwirtschaft dafür kritisiert, dass sie sich nicht öffentlich für wirksamen Klimaschutz aussprechen. Sie wurden aufgefordert, dieses Versäumnis nachzuholen.

G7/C7 – G20/C20

Zuständig in der Geschäftsstelle: Jürgen Maier und Wolfgang Obenland

Das Forum koordiniert gemeinsam mit VENRO die Arbeit der deutschen Nichtregierungsorganisationen zu G20 und G7. Dazu gehören u.a. regelmäßige Treffen mit dem deutschen „Sherpa“ Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, sowie Treffen mit den G7/G20-Verantwortlichen im BMZ. 2021 wurde gemeinsam mit VENRO ein Projekt für den Civil 7-Prozess zur deutschen G7-Präsidentschaft 2022 auf den Weg gebracht, dessen Highlight der Civil 7-Summit am 4. bis 5. Mai war, bei dem auch Bundeskanzler Scholz eine Rede hielt, nachdem ihm das Civil 7-Communiqué übergeben worden war. Jürgen Maier und Wolfgang Obenland waren im internationalen C7-Steuerungsgremium tätig. Am Jahresende wurde bei einem Treffen in Tokio der Staffstab an die japanische Zivilgesellschaft für die Präsidentschaft 2023 übergeben.

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen (AGs) stellten auch 2022 einen wichtigen Ort des strategischen und inhaltlichen Austausches für die im Forum beteiligten Organisationen dar.

AG Landwirtschaft und Ernährung

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch

2022 fanden drei große Treffen der AG Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) sowie zwei Sondertreffen der AG statt. Sie dienten den Mitgliedern der AG insbesondere zum fachlichen Austausch und zur Diskussion gemeinsamer Aktionen und Projekte. Eines der Sondertreffen betraf den Krieg in der Ukraine und die Welternährungskrise. Das Forum beteiligte sich anlässlich der „Welternährungskonferenz“ von Auswärtigem Amt (AA), BMZ und BMEL zusammen mit anderen Organisationen der AG an der Erarbeitung einer Pressemitteilung zum Thema „Zivilgesellschaft fordert politisches Handeln gegen die globale Ernährungskrise“.

Die Unterarbeitsgruppe „AGRA“, in der das Forum aktiv mitarbeitet, und die seit 2019 das Antiarmutsprogramm der „Alliance for a Green Revolution in Africa“ (AGRA) kritisch begleitet, konnte in diesem Jahr einen wichtigen Erfolg verbuchen. Nachdem eine schriftliche parlamentarische Frage offenbarte, dass in den von der Bundesregierung mitfinanzierten AGRA-Projekten gefährliche und größtenteils in der EU verbotene Pestizide eingesetzt werden, die den Vorgaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) widersprechen, distanzierte sich Bundesentwicklungsministerin Schulze von AGRA und deutete damit das Ende der deutschen AGRA-Beteiligung an.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld der AGLE ist das jährliche „Global Forum on Food and Agriculture“ (GFFA) in Berlin. Auch 2022 richtete das Forum zusammen mit vier weiteren NGOs der AGLE ein Fachpanel aus, dieses Mal unter dem Titel: „The bigger the better? Die Folgen von Landinvestitionen für Landrechte, Böden und Ernährungssouveränität“. Mehr als 145 Teilnehmer*innen aus 20 Ländern verfolgten das Panel online per Simultanübersetzung.

AG Meere und AG Tiefseebergbau

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen-Hartwig

Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände kamen 2022 erneut regelmäßig unter der Koordination des Forums zusammen, um gemeinsame Positionen zur von der Bundesregierung angekündigten Meeresstrategie zu entwerfen. Basierend auf der 2020 erarbeiteten Meeresoffensive verfassten die Verbände Kernforderungen für eine zukunftsfähige Meerespolitik.

Im Juni/Juli 2022 fand die internationale UN Oceans Conference in Lissabon statt. Diese Konferenz konzentrierte sich auf die Umsetzung von SDG 14 und wurde zuletzt 2017 durchgeführt. Das Forum koordinierte die Verbändevorbereitung vor und auf der Konferenz sowie den Austausch mit der Bundesregierung und dem Bundestag. Zudem organisierte das Forum auf der Konferenz ein Side Event zu Tiefseebergbau gemeinsam mit Fair Oceans, dem Ozeanien-Dialog, Brot für die Welt, Misereor, Pacific Council of Churches und dem Pacific Network on Globalization. Die sehr gut organisierte Zivilgesellschaft vor Ort schaffte es, das Thema Tiefseebergbau von Konferenzbeginn an als zentrales Thema zu platzieren. Zahlreiche Veranstaltungen trugen das Thema durch die Woche, es gründeten sich sowohl eine Staatenallianz als auch eine Parlamentarische Allianz für ein Tiefseebergbaumoratorium. Marie-Luise Abshagen-Hartwig nahm für das Forum

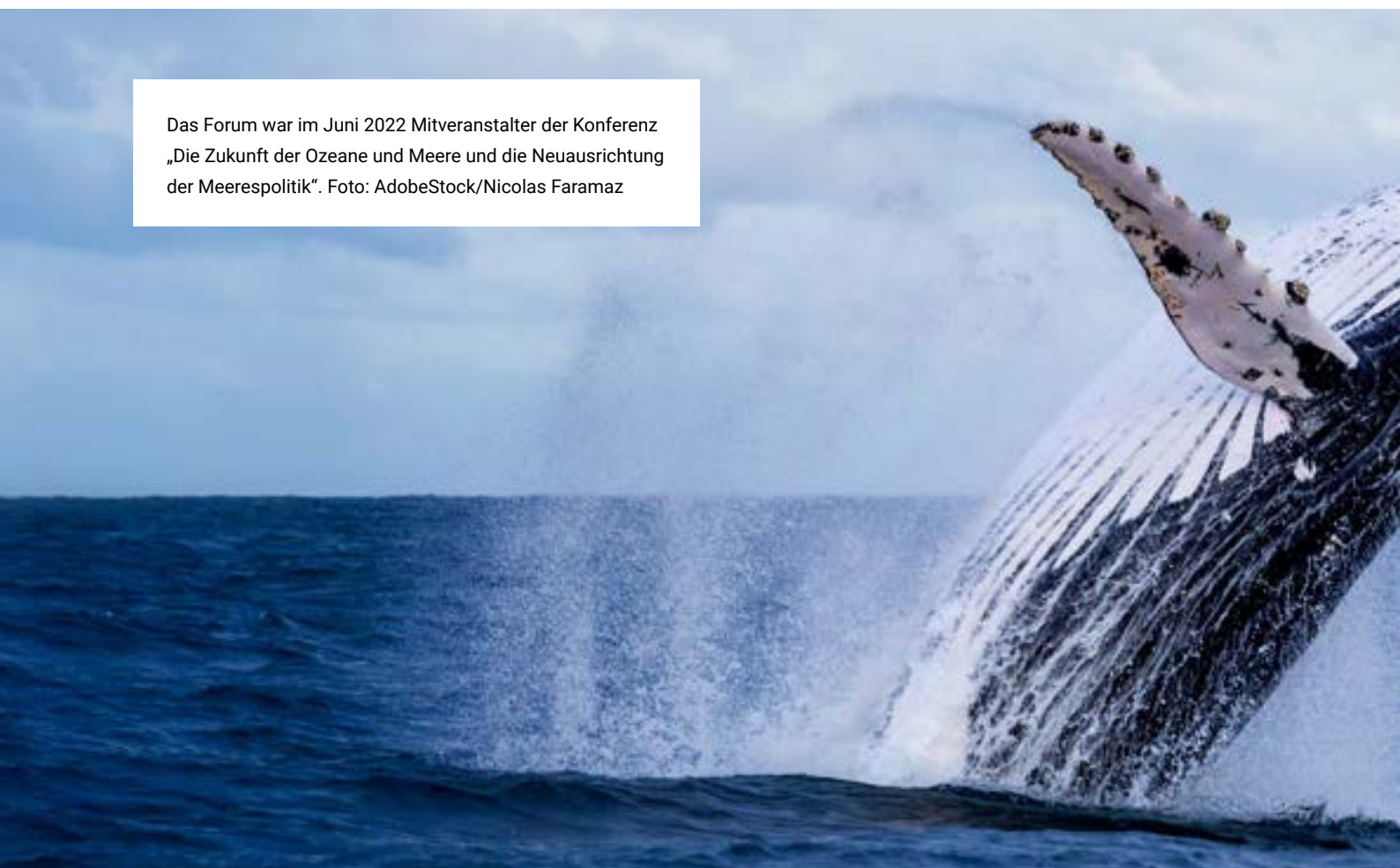
an der Konferenz teil und begleitete den Konferenzfortschritt auf Social Media. Zudem koordinierte sie eine gemeinsame Pressemitteilung der auf der Konferenz anwesenden deutschen Verbände und verfasste einen Artikel über die Konferenz, der im Pazifik-Rundbrief und im Rundbrief des Forums veröffentlicht wurde.

Das Forum war im Juni 2022 erneut Mitveranstalter der von Fair Oceans und Brot für die Welt organisierten Konferenz zur internationalen Meerespolitik „Die Zukunft der Ozeane und Meere und die Neuausrichtung der Meerespolitik“.

Das Forum koordinierte 2022 weiterhin die AG Tiefseebergbau. Auf den regelmäßigen Treffen, die alle vier bis acht Wochen stattfanden, tauschten sich die AG-Mitglieder über ihre jeweiligen Verbandsaktivitäten aus. Vor den Sitzungen der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA), bei der die Verhandlungen zu möglichen Abbauregularien im Zentrum stehen, fanden regelmäßig Treffen mit der Delegation und den relevanten Ressorts statt. Das Forum begleitete die Verhandlungen 2022 umfangreich u.a. durch Aktivitäten in den Sozialen Medien. Deutschland sprach sich im Oktober/November bei einer Sitzung der ISA erstmals für eine vorsorgliche Pause (precautionary pause) aus.

Im September konnten sich die AG Mitglieder u.a. mit James Bhagwan vom Pacific Council of Churches treffen, der über Tiefseebergbau im Pazifik berichtete. Im Oktober

Das Forum war im Juni 2022 Mitveranstalter der Konferenz „Die Zukunft der Ozeane und Meere und die Neuausrichtung der Meerespolitik“. Foto: AdobeStock/Nicolas Faramaz



organisierten Fair Oceans und Brot für die Welt gemeinsam mit dem Forum einen ganztägigen Fachworkshop zu Tiefseebergbau in Bremen. Im Oktober fand im Rahmen der Alternativen Rohstoffwoche eine Vortrags-Konzertveranstaltung statt, bei der vom Forum ein Vortrag über Tiefseebergbau gehalten wurde. Im November organisierte das Forum einen Kurzfilmkinoabend, der sich thematisch mit der Rolle des Menschen in Ozeanen und Wüsten beschäftigte.

Das Forum veröffentlichte gemeinsam mit Brot für die Welt, Fair Oceans, Greenpeace, MISEREOR, dem Ozeanen-Dialog, PowerShift und Sharkprojekt ferner im Dezember 2022 eine umfangreiche Hintergrundpublikation zu Tiefseebergbau mit dem Titel „Argumente gegen Tiefseebergbau – Das größte Bergbauvorhaben der Menschheitsgeschichte“.

AG Biodiversität

Zuständig in der Geschäftsstelle: Eileen Roth

Zentral für die Arbeit der AG waren im ersten Quartal 2022 die Vorverhandlungen zu einem neuen globalen Abkommen „Post-2020 Global Biodiversity Framework (GBF)“ zum Schutz der Biodiversität in Genf vom 14. bis 29. März 2022. Im Anschluss war die AG intensiv mit den Vorbereitungen der CBD COP vom 07. bis 19. Dezember 2022 in Montreal beschäftigt.

AG Wasser

Zuständig in der Geschäftsstelle: Eileen Roth

Im ersten Quartal lag der Schwerpunkt auf der Planung und Durchführung der Veranstaltung „Menschenrecht Wasser, Wasserraub und Schutz der Flüsse“, die am 22. Februar 2022 stattfand. Die Veranstaltung behandelte die Themen Menschenrechte, Staudämme und die wasserbezogenen Auswirkungen der Tesla-Fabrik in Brandenburg. Ein weiterer Schwerpunkt lag 2022 auf der Erarbeitung und Veröffentlichung des Positionspapiers „Wasserkraft – Irrweg für Klimaschutz und Umweltpolitik“. Es wurde im Rahmen einer Online-Veranstaltung am 08. Dezember 2022 zum Thema „Biodiversitätsziele in Gefahr? Positionierung der AG-Wasser zu Wasserkraftausbau und Flussrestaurierung vor dem Hintergrund der Biodiversitätsziele und der Klimakrise“ veröffentlicht und diskutiert.





**BÄUER*INNEN & GESELLSCHAFT
GEMEINSAM
GEGEN DAS HÖFESTERBEN!**

Traktoren blockieren die Straße vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium bei der WHES-Demo im Januar 2022.
Foto: Wir haben es satt/Meine Landwirtschaft/Nick Jaussi



DNR-TRÄGERSCHAFT

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

**„Es ist höchste Zeit, dass die Höfe und Menschen
in diesem Land wieder zu den Gewinner*innen der
Agrar- und Ernährungspolitik zählen.“**

Inka Lange, Leiterin Kampagne „Meine Landwirtschaft“



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Inka Lange, Saskia Richartz, Malwine Janetzko, Ronja Dietschmann, Wiebke Beushausen,
Regine Holloh, Johannes Kiefl, Christian Rollmann, Daniel Knopp



Mehr Informationen im Internet:
www.meine-landwirtschaft.de



Protestbild mit dem Schriftzug „Agrarwende jetzt!“, gebaut aus großen Strohballen am Spreeufer des Bundestages.
Foto: Wir haben es satt/Meine Landwirtschaft/Nick Jaussi

DNR-TRÄGERSCHAFT

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Meine Landwirtschaft“ ist ein Projekt des „Forum Umwelt & Entwicklung“ unter der Rechtsträgerschaft des DNR. Im Projekt ist das „Wir haben es satt!-Bündnis“ aktiv, ein breiter Zusammenschluss von 65 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt-, Natur- sowie Tierschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Das Bündnis setzt sich seit 2010 gemeinsam für eine Ernährungs- und Agrarwende ein, hin zu einer bäuerlich-ökologischen und sozial-, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit.

„WIR HABEN ES SATT!“-PROTEST IM JANUAR

Pandemiebedingt hatte sich der Trägerkreis gegen eine große Demo mit bundesweiter Mobilisierung entschieden. Stattdessen setzte das Bündnis ein Protestbild mit dem Schriftzug „Agrarwende jetzt!“ um, gebaut aus großen Strohballen am Spreeufer des Bundestages. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, wurde außerdem eine Online-Mitmachaktion organisiert. Mit rund 1.500 Video-Einsendungen bzw. individualisierten Forderungen für die Agrarwende wurde die Aktion „#Staffellauch“ gut ange-

nommen. Zudem wurde der Trecker-Corso zum BMEL mit regionaler Mobilisierung durchgeführt. Das Rahmenprogramm in Form der Schnippeldisko und des „Soup & Talk“ fand im Online-Format statt. Dadurch wurden die Veranstaltungen sehr viel internationaler, es gab Redebeiträge aus insgesamt 15 Ländern.

WEITERE AKTIVITÄTEN

Mitte Juni fand zum zweiten Mal das Format „Hof mit Zukunft“ statt. Junge Klima- und Umweltaktivist*innen

verbrachten die Zeit vom 9. bis 12. Juni auf insgesamt 25 Bauernhöfen in ganz Deutschland, um über eine zukunftsfähige Agrarpolitik ins Gespräch zu kommen. Themen waren die Wertschätzung von Lebensmitteln und bäuerlicher Arbeit, die Schwierigkeiten beim Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen und die notwendigen Veränderungen in der Agrarpolitik, um das Höfesterben zu stoppen, die Artenvielfalt zu retten und die Klimakrise zu bekämpfen. Das Austauschformat wurde sehr gut angenommen und wird 2023 fortgeführt.

Unter dem Titel „Ernährungswende anpacken“ widmete sich die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ der öffentlichen Verpflegung in Kantinen und Betreuungseinrichtungen. Gut aufbereitete Informationen zum Schul- und Kitaessen sowie Informationen zu Krankenhauskantinen wurden mit ansprechenden Grafiken erstellt und gemeinsam mit Lösungsstrategien für eine gesunde Ernährung in den Social-Media-Kanälen und auf der Website veröffentlicht. Mit bis zu 5.000 erreichten Accounts bei den Instagramposts lief das Thema „Ernährungswende in den Kantinen“ besonders gut.

Unter dem Motto „Teller statt Trog“ fand Ende September eine Aktionstour zum Thema Umbau der Tierhaltung im Oldenburger Münsterland statt. Vom 17. bis 24. September wurden Aktionsstände, Proteste und Diskussionsveranstaltungen in der tierreichen Region organisiert. Aktionsstände fanden auf dem Tag der Menschenrechte in Oldenburg, Cloppenburg und Rechterfeld statt. Protestaktionen gab es bei Vion, dem größten Schweine-schlachthof der Region mit 60.000 Schlachtungen pro Woche und bei der Futtermittelfabrik Mega, einem der größten Hersteller für Hühnerfutter in Europa. Auf dem Klimastreik von Fridays For Future in Oldenburg am 23. September wurde ein Agrarblock organisiert. Außerdem organisierte die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Austauschformate zwischen Landwirt*innen und Aktivist*innen im Rahmen des Camps von „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“.

Ab Herbst befasste sich das Team intensiv mit den Planungen für die anstehende „Wir haben es satt!“-Demo, die unter dem Titel „Gutes Essen für Alle statt Profite für Wenige“ im Januar 2023 stattfand.

GOOD FOOD GOOD FARMING

Unter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist auch die europaweite Plattform „Good Food Good Farming“ (GFGF) tätig, die seit 2018 Kampagnen für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik in der EU durchführt.

Um auf die weite Verbreitung von Pestiziden hinzuweisen, rief GFGF den Pestizid-Check-Up ins Leben – ein Citizen-Science-Projekt, an dem sich 300 Personen beteiligten. Dabei sendeten Menschen aus 15 europäischen Ländern Haarsträhnen ein, welche durch ein unabhängiges Labor auf Rückstände von 30 in der EU-Landwirtschaft gängigen Pestiziden untersucht wurden. Das Projekt wurde mit der Hilfe von zehn Partnerorganisationen umgesetzt.

Während der GFGF-Aktionstage im Oktober fanden mehr als 50 dezentrale Aktionen in 13 europäischen Ländern statt, um so den Druck für eine nachhaltige Ernährungs- und Agrarpolitik zu erhöhen. Die Aktionstage mündeten in einer Protestaktion vor dem EU-Parlament in Brüssel, die unter dem Motto „EU Pesticide Policies are Hair-Raising – Detox EU Agriculture!“ (Die EU-Pestizidpolitik ist haarsträubend – EU-Landwirtschaft entgiften!) stand. Neben Umweltorganisationen, Klimaaktivist*innen und belgischen Landwirt*innen waren zusätzlich über 500 EU-Bürger*innen symbolisch durch ihre eingesendeten Forderungen und Haarsträhnen bei der Aktion präsent, die in bunten Umschlägen den Platz vor dem EU-Parlament zierten.



„Wir haben es satt“-Protest im Januar 2022 am Bundesagrarministerium und am Bundestag.

Foto: Wir haben es satt/Meine Landwirtschaft/Nick Jaussi



Der nachhaltige und zweckdienliche Umgang mit Finanzmitteln ist für den DNR sehr wichtig.
Foto: AdobeStock/maylim



IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

„Das Arbeiten unter Pandemiebedingungen ist eine Herausforderung, wenn die Digitalisierung von Prozessen und Dokumenten noch in den Kinderschuhen steckt. „Abheften“ aus dem Mobilien Arbeiten stellt ein Problem dar. Wir haben uns daher zum Ziel gesetzt, unsere Verwaltung bis Ende 2024 zu digitalisieren.“

Sandra Schmidt, Verwaltungsleiterin



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Sandra Schmidt, Aroti Briand, Sandra Punger, Susanne Stang, Karen Walkowski, Fanny Feldmann und Konstantin Hartwig



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de

EINNAHMEN 2022

Einnahmen in €

Institutioneller Haushalt DNR	
Veröffentlichungen	0,00
Zinseinnahmen	0,00
Vermischte Einnahmen	21.294,10
Zweckfreie Spenden	0,00
Zweckgebundene Spenden	2.410,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	0,00
Zuwendungen des BfN	1.602.111,69
Erstattung aus Verwaltungsausgaben	88.777,34
Mitgliedsbeiträge	180.550,00
Geldbußen	0,00
Summe institutioneller Haushalt DNR:	1.895.143,13
Projekte DNR	
Zuwendung des Bundes für Projekte	0,00
Zuwendung Dritter	410.634,09
Summe Projekte DNR:	410.634,09
Institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung	
Veröffentlichungen	234,00
Zuwendungen des BfN	387.572,51
Mitgliedsbeiträge	45.266,00
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	433.072,51
Projekte Forum Umwelt & Entwicklung	
Zuwendung des Bundes für Projekte	176.342,84
Zuwendung Dritter	1.673.992,86
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.850.335,70
Gesamtsumme	4.589.185,43

AUSGABEN 2022

Ausgaben in €

Institutioneller Haushalt DNR	
Ehrenamt	9.340,00
Personal	1.222.079,08
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	163.999,29
Mieten und Pachten	148.727,38
Aus- und Weiterbildung	9.905,61
Aufträge an Dritte	112.205,70
Reisekosten	14.341,13
Außergewöhnlicher Aufwand	21.117,94
Veröffentlichungen	112.538,93
Veranstaltungen	43.972,59
Vermischte Verwaltungsausgaben	27.231,87
Beiträge Vereine, Gesellschaften	2.300,00
Beiträge internationale Organisationen	7.383,61
Summe institutioneller Haushalt DNR:	1.895.143,13
Projekte DNR	
Projekte des Bundes	0,00
Projekte Dritter	416.533,42
Summe Projekte DNR:	416.533,42
Institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung	
Personal	348.872,51
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	22.503,16
Mieten und Pachten	24.350,58
Reisekosten	4.879,57
Veröffentlichungen	24.069,22
Veranstaltungen	6.591,26
Vermischte Verwaltungsausgaben	1.806,21
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	433.072,51
Projekte Forum Umwelt & Entwicklung	
Projekte des Bundes	172.901,25
Projekte Dritter	1.340.164,88
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.513.066,13
Gesamtsumme	4.257.815,19

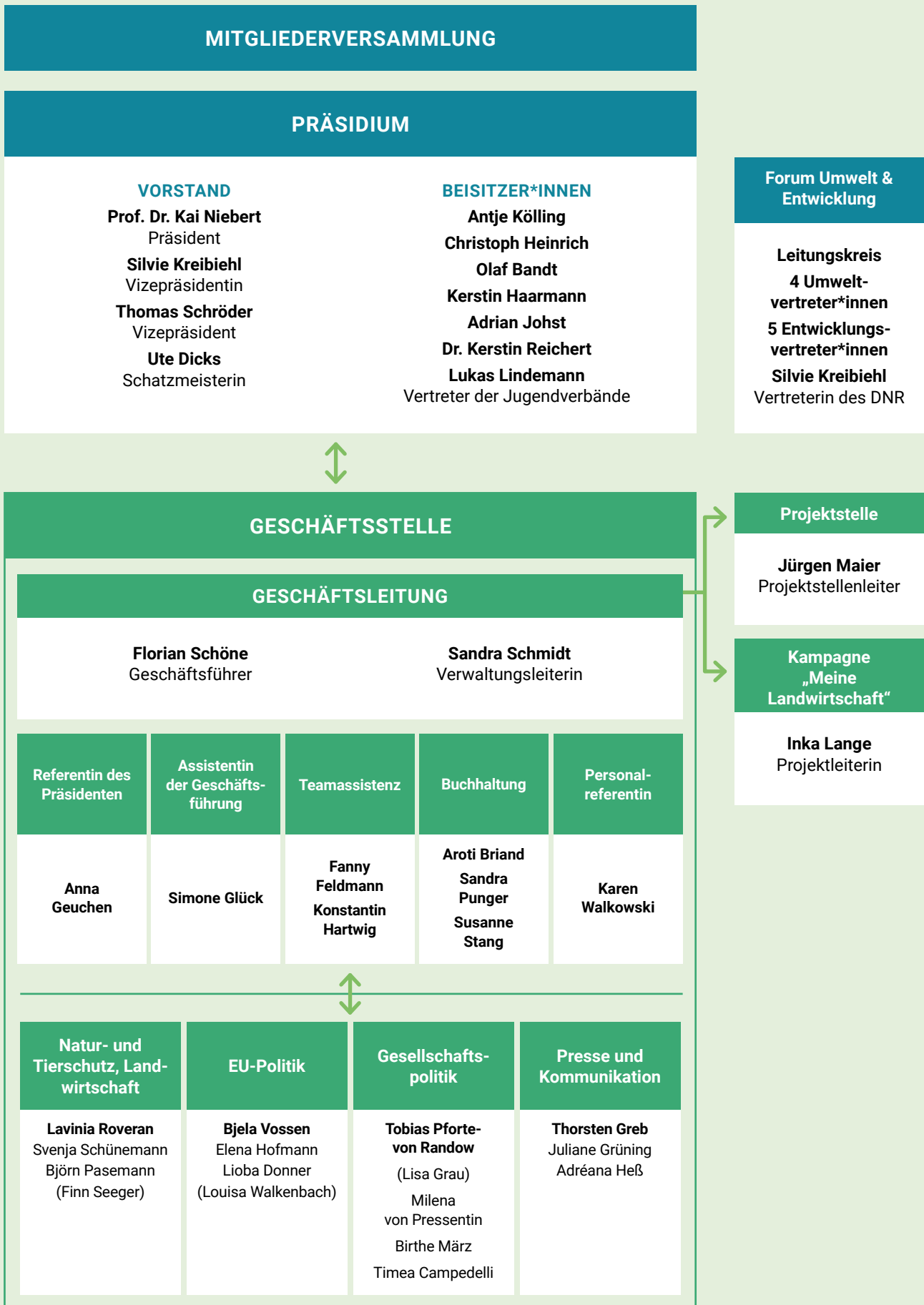
DNR-PROJEKTE 2022

		Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes				
			0,00	0,00
Zwischensumme			0,00	0,00
Zuwendungen Dritter				
BUND e.V.		Analyse Ressourcenpolitik	12.917,45	11.021,26
BUND, DUH, NABU		Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende	0,00	2.881,77
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR e.V. (Projekträger)		Gemeinsame Agrarpolitik - Kommunikation und Politikempfehlungen	31.169,27	28.898,78
ECF		Neuer Schwung für die Energiewende	9.819,65	16.542,40
ECF		Fit for 55	5.500,00	13.469,73
ECF		Impuls für die Energiewende	84.027,45	74.415,13
ECF		Beyond Fit for 55	51.817,50	37.326,04
DBU, div.		Digitalisierungskonferenz Bits & Bäume reloaded	218.607,00	231.978,31
UBA		Fit-Fitter-Refit (2015-2017)	-1.623,51	0,00
UBA		EU Quo Vadis (2016-2018)	-1.600,72	0,00
Zwischensumme			410.634,09	416.533,42
Gesamtsumme			410.634,09	416.533,42

PROJEKTE FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG 2022

		Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes				
BfN		Dialogplattform Wald	28.260,00	30.063,20
UBA		SDG-Projekt	75.000,00	77.682,44
UBA		SAICM-Projekt	-5.930,92	0,00
BMUV		SAICM-IP4-Projekt	31.881,75	31.380,79
BMUV		SAICM-Konferenz	47.132,01	33.774,82
Zwischensumme			176.342,84	172.901,25
Zuwendungen Dritter				
GIZ		EITI	46.395,41	29.304,35
div.		Meine Landwirtschaft	536.199,88	585.462,63
div.		Netzwerk gerechter Welthandel	63.713,00	38.745,34
div.		Global Youth Biodiversity Network	877.171,71	547.612,52
GIZ		Recovering Sustainably	107.249,99	102.286,50
Enagegement Global		FEB-Projekt 2030 Watch	17.500,00	17.500,00
div.		Sonstiges	25.762,87	19.253,54
Zwischensumme			1.673.992,86	1.340.164,88
Gesamtsumme			1.850.335,70	1.513.066,13

ORGANIGRAMM DES DNR
(Stand: 12/2022)



DNR-PRÄSIDIUM**(Stand: 12/2022)**

Name	Hintergrund
Prof. Dr. Kai Niebert Präsident	Prof. Dr. Kai Niebert ist seit 2015 DNR-Präsident. Er forscht und lehrt als Nachhaltigkeitsexperte an der Universität Zürich. Seine Schwerpunkte liegen in der Vermittlung verschiedener Aspekte der Nachhaltigkeit, besonders mit Blick auf den Klimawandel und die planetaren Belastungsgrenzen.
Silvie Kreibiehl Vizepräsidentin	Die Klimafinanzierungsexpertin und gelernte Diplom-Kauffrau Silvie Kreibiehl ist Vorstandsvorsitzende der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch.
Thomas Schröder Vizepräsident	Seit Oktober 2011 leitet Thomas Schröder als Präsident die Geschicke des Deutschen Tierschutzbundes. Seit 2017 ist er zudem Vorsitzender der Stiftung des Deutschen Tierschutzbundes.
Ute Dicks Schatzmeisterin	Ute Dicks führt seit 2001 die Geschäfte des Deutschen Wanderverbandes (DWV) in Kassel. Seit 2008 ist sie zudem Geschäftsführerin der Deutscher Wanderverband Service GmbH.
Antje Kölling Beisitzerin	Antje Kölling leitet seit 2014 die Abteilung Politik und Öffentlichkeitsarbeit des Bioverbands Demeter.
Kerstin Haarmann Beisitzerin	Kerstin Haarmann ist Bundesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Zuvor war sie VCD-Geschäftsführerin.
Christoph Heinrich Beisitzer	Der Diplom-Geograph Christoph Heinrich ist als Vorstand für die Naturschutzarbeit des WWF verantwortlich.
Adrian Johst Beisitzer	Der Biologe Adrian Johst ist Geschäftsführer der Naturstiftung David, eine Stiftung des BUND Thüringen.
Olaf Bandt Beisitzer	Der Diplom-Ingenieur für Umwelttechnik Olaf Bandt ist seit vielen Jahren beim BUND tätig. Seit 2019 ist er BUND-Vorsitzender.
Dr. Kerstin Reichert Beisitzerin	Die Biologie- und Chemielehrerin Dr. Kerstin Reichert ist seit 2019 Vizepräsidentin Sportentwicklung im Verband Deutscher Sporttaucher (VDST).
Lukas Lindemann Jugendvertreter	Lukas Lindemann vertritt die Jugendverbände der Mitgliedsorganisationen im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Er ist Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands.

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

(Stand: 12/2022)

DNR-Mitgliedschaften**Ansprechpartner*in**

Aktionsbündnis Klimaschutz	Lisa Grau (DNR), Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Lebendige Oder	Florian Schöne (DNR)
Netzwerk Bits & Bäume	Simone Glück (DNR)
Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG)	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für bezahlbaren Wohnraum	Barbara Metz (DUH), Elisabeth Staudt (DUH)
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Florian Schöne (DNR)
Climate Action Network (CAN)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	Florian Schöne (DNR), Marion Hasper (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel	Bjela Vossen (DNR)
Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)	Florian Schöne (DNR)
Innovationspartnerschaft des BMWSB	Barbara Metz (DUH), Elisabeth Staudt (DUH)
Ökologischer Tourismus in Europa (ÖTE)	Florian Schöne (DNR)
Verein Grüner Strom Label	Florian Schöne (DNR)
Gebäude-Allianz	Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land	Florian Schöne (DNR)
International Union for the Conservation of Nature (IUCN)	Florian Schöne (DNR), Lavinia Roveran (DNR)

VERTRETER*INNEN DES DNR IN VERSCHIEDENEN GREMIEN

(Stand: 12/2022)

Mitarbeit des DNR in Gremien	delegiert
Bundesministerium für Wohnen, Städtebau und Bauwesen (BMWSB), Beirat Innenstadt	Kerstin Haarmann (VCD)
Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau	Florian Schöne (DNR)
Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE), Beirat	Gabrielle Terhorst (BUND)
BMUV, Beirat Umwelt und Sport	Ute Dicks (Deutscher Wanderverband)
Bundesplattform Wald - Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG) des BMEL	Ludwig Wucherpfennig (DAV)
Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), Fachbeirat	Florian Schöne (DNR)
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Vorsitzender des Kuratoriums	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Deutscher Engagementpreis, Steuerungsgruppe	Florian Schöne (DNR), Simone Glück (DNR)
Deutscher Naturschutztag (DNT)	Florian Schöne (DNR), Svenja Schünemann (DNR)
DBU Naturerberat GmbH, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), deutsches EEB-Präsidiumsmitglied und Vizepräsidentin	Bjela Vossen (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land, Vorstandsmitglied	Florian Schöne (DNR)
Fachagentur Wachsende Rohstoffe e.V. (FNR)	Lavinia Roveran (DNR)
Initiative Bundesweiter Digitaltag, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Haus der Geschichte, Mitglied des Kuratoriums des Arbeitskreises gesellschaftliche Gruppen	Thomas Schröder (Tierschutzbund), Stellvertreter Frank Meuser (Tierschutzbund)
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), Beirat	Adrian Johst (Naturstiftung David), Stellvertreter Florian Schöne (DNR)
Kommission für Anlagensicherheit (KAS), Kommissionsmitglied	Dr. Ursula Fischbach (BUND), Oliver Kalusch (BBU)
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (bfub)
Naturfreunde Deutschland, Mitglied im Bundesvorstand	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Naturerberat bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Ratsmitglied	Adrian Johst (Naturstiftung David) Stellvertreter: Christian Unselt (NABU)
Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), Leitungskreis	Silvie Kreibiehl (DNR)
Umweltgutachterausschuss (UGA), Mitglieder	Vollmitglied (und stellv. UGA-Vorsitzender): Prof. Dr. Frank Ebinger (BUND), Stellvertreter: Dr. Ludwig Glatzner (BUND), Vollmitglied: Dr. Stefan Müssig (BfUB), Stellvertreterin: Marion Hammerl (Boden-see-Stiftung), Vollmitglied: Dr. Joachim Nibbe (Naturfreunde), Stellvertreter*in: N.N.
Umweltzeichen Blauer Engel, Jury	Katharina Istel (NABU), Julia Römer (BUND)
Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Beirat Energie	Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Zentrale Stelle Verpackungsregister, Verwaltungsrat	Katharina Istel (NABU)



Gründung



Vertretene Organisationen
(Stand: 12/2022)



Erreichte Menschen

Gemeinsames Ziel

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

Unser Naturverständnis

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

Nachhaltigkeit

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen zu treffen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

Gesellschaftlicher Umbau

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an seinen Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2022 (Stand: 12/2022)



Impressum

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring,

Dachverband der deutschen Natur-, Tier und
Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Marienstraße 19-20, 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 6781775-70

E-Mail: info@dnr.de

www.dnr.de

REDAKTION

Florian Schöne

DESIGN

Henrike Ott

(Weiterentwicklung eines Entwurfs von wegewerk)

LAYOUT UND GESTALTUNG

Henrike Ott

FOTOS

AdobeStock/K.-U. Häßler: Titelbild

DNR/Thorsten Greb: S. 5, 7, 15, 21, 29, 49

S.5: Thomas Entzeroth

S.25: Yvonne Martin

S.33: Forum Umwelt & Entwicklung

S.45: Malwine Janetzko

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

August 2023

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung
liegt bei den Autor*innen.

Der DNR ist Teil der Initiative Transparente Zivilgesellschaft



Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare
Sicherheit und Verbraucherschutz sowie vom Bundes-
amt für Naturschutz auf Beschluss des Deutschen
Bundestages.

